Volkswacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 1.10 Mk., auswärts 1.35 Mk. Anzeigen unter Text 3.30 Mk., auswärts 3.60 Mk. Stellenangebote, Familienanzeigen 0.45 Mk., Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 0.45 Mk. Kleine Anzeigen pro Wort 0.50 Mk., das fette Wort 1.00 Mk. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/5 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 3852.

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/5, durch die Buchhandlung der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr. 5, und durch alle Austräger zu beziehen. Wöchentlich 1.5[illegible] Mk., monatlich 6.50 Mk., vierteljährlich 13.50 Mk. (einschließlich Bestellgebühr), durch die Post bezogen vierteljährlich 11.80 Mk.

Erpressertaktik der Industrie.

Preußenkabinett Otto Braun.

Der preußische Landtag hat am Sonnabend abend mit 197 von 338 abgegebenen Stimmen den Genossen Otto Braun, der schon den früheren preußischen Regierungen als Landwirtschaftsminister und vor Stegerwald als Ministerpräsident angehört hat, wieder zum Ministerpräsidenten gewählt. Die Deutschnationalen und die Unabhängigen gaben Zettel für ihre Fraktionsvorsitzenden ab. Genosse Braun erhielt außer den Stimmen der drei alten Koalitionsparteien einen Teil der Stimmen der Deutschen Volkspartei. Ein anderer Teil der Volksparteiler gab weiße Zettel ab.

Am Donnerstag wird Otto Braun sein neues Ministerium dem Landtag vorstellen. Außer ihm selber werden diesem Kabinett noch zwei andere Sozialdemokraten angehören: der als energischer Verwaltungsreformer bewährte Severing, der in Schlesien keiner Vorstellung mehr bedarf, auf dem wichtigsten Posten des Innenministers, und der bisherige Beigeordnete im Handelsministerium, Genosse Siering-Berlin, als Handelsminister an Fischbecks Stelle. Die Demokraten werden nur einen Mann in der neuen Regierung haben, den im Kampf gegen das Junkertum Pommerns und Mecklenburgs groß gewordenen Dr. Wendorff als Landwirtschaftsminister, einen Mann mit der Erfahrung des praktischen Agrariers und des mecklenburgischen Ministers, den wir als eine bessere Stütze der Demokratie betrachten können, als die bisherigen demokratischen Minister in Preußen. Vom Zentrum bleibt Am Zehnhof Justizminister, in der nächsten Zeit durch das Zusammenarbeiten mit dem neuen sozialdemokratischen Reichsjustizminister hoffentlich günstiger beeinflußt als bisher, in Personalfragen freilich leider ziemlich selbstherrlich. Stegerwald soll sein Wohlfahrtsministerium behalten, dessen Aufgaben in der nächsten Zeit nicht dankbar sein werden. Dann aber wird es mehr als bedenklich: der volksparteiliche Gymnasialdirektor Boelitz wird Kultusminister, der im Kapp-Putsch abgesägte frühere Oberpräsident von Hannover Dr. v. Richter, ebenfalls Volksparteiler, Finanzminister. Damit eröffnen sich für die Unterrichtspolitik und die preußische Finanzpolitik der nächsten Zeit trübe Aussichten.

Wir haben uns an dieser Stelle vor den entscheidenden Abstimmungen der sozialdemokratischen Preußenfraktion gegen dieses Kompromiß mit der Volkspartei ausgesprochen, bedauern es auch heute und können auch aus der Spaltung der volksparteilichen Fraktion bei der entscheidenden Abstimmung keine übertriebenen Hoffnungen ziehen. Aber jetzt gilt es, nicht nachträglich an Entschlüssen herumzumäkeln, die nun einmal gefaßt sind und wohl oder übel ihre Wirkungen gehabt haben. Jetzt gilt es vielmehr, daraus herauszuholen so viel wie möglich. Während der letzten Reichskrise hat das rein bürgerliche Kabinett Stegerwald von Preußen aus dem Kabinett Wirth schwere Hindernisse bereitet. Neue schwere Kämpfe stehen im Reich jetzt bevor. Die neuen Reichssteuervorlagen, zu den in der „Volkswacht" im einzelnen noch Stellung genommen werden wird, werden am Donnerstag im Reichstag ein erstes Vorspiel dafür heraufbeschwören. Schon aber hat die Industrie mit der Erklärung ihrer Bereitwilligkeit zur Kreditgewährung an das Reich einen neuen scharfen Vorstoß auf der ganzen Linie verbunden, über den an anderer Stelle berichtet wird. Die Industrie pocht auf ihren Geldsack und verlangt Unterwerfung der Reichsregierung, wenn sie zahlen soll. In diesen Kämpfen wird Preußen hoffentlich jetzt kein Hindernis mehr für den Linkskurs einer Reichsregierung bilden, die den Kampf aufnimmt, sondern Preußen wird gewissermaßen neutralisiert sein. Wie lange das dauern kann, wird sich bald zeigen.

Auch dieser Versuch wird endgültig nur durch die Erfahrung zu widerlegen sein, die wir mit den Volksparteilern machen, nicht jedenfalls dadurch, daß wir uns jetzt nachträglich gegenseitig in die Haare geraten und so selbst ausschalten. Die Kämpfe der nächsten Zeit gehen um so große Entscheidungen, daß wir die Herren Boelitz und von Richter inzwischen sich selbst werden abwirtschaften lassen müssen. —m.

Valuta und Finanzpolitik.

Zu Hermes Katastrophenrede.

schreibt unser Berliner —r-Mitarbeiter:

Der Reichsminister Dr. Hermes, der zurzeit die Geschäfte des Reichsfinanzministeriums wahrnimmt, weil sich für dieses mehr als schwere Amt im Augenblick der Reichskrise kein anderer Mann finden ließ, hat am letzten Freitag im Reichstag in einer Rede des korrekten Amtsstils, die weder ein Gefühl verraten, noch einen Gedanken erkennen läßt, die neuen ungeheuren Steuervorlagen begründet, und die katastrophale Lage der deutschen Finanzen dargelegt. Während der Minister sprach, notierte der Dollar an der Berliner Börse 235 bis 240 Mark.

Man muß unter diesen Umständen sich gestehen, daß die phantastischen Summen von Papiermilliarden, die der Minister tanzen ließ, trotz ihrer unvorstellbaren Größe gar keine Vorstellung von den wirklichen Verhältnissen geben. Man kann vielmehr besonders die Zahlen, die er für den Etat des Jahres 1922 angegeben hat, mit einer beliebigen Zahl multiplizieren — heute vermag niemand zu sagen, welcher Multiplikator der richtige ist, man kann nur sagen, die Zahlen des Ministers sind vielfach richtig multipliziert mit X. Dieses X stellt die Verrechnungszahl zwischen unserer deutschen Währung und den maßgebenden Währungen des Auslandes, vornehmlich also dem Dollar, dar. Das Rechnungsjahr 1922 beginnt am 1. April nächsten Jahres und endet mit dem 31. März 1923. Was die Mark am 1. April nächsten Jahres, also nach ungefähr 5 Monaten, noch wert sein wird, das weiß kein Mensch. Noch viel weniger läßt sich voraussehen, wie sich der Wert unseres dürftigen Zahlungsmittels von da ab, ein ganzes Jahr lang gestalten wird. Man kann nur sagen, daß die Aufstellung von Jahresetats heute einen Gebrauch darstellt, der aus alter Zeit übernommen ist, für den aber jetzt die Voraussetzungen fehlen. Früher wußte man, daß die Mark, von kleinen Schwankungen abgesehen, in 5 Monaten noch eben so viel wert sein würde, wie zuvor, und nach dem Ablauf eines weiteren Jahres ungefähr eben so viel. Das war ein Wertmaßstab aus Metall, die heutige Mark ist ein Wertmaßstab körperlich aus Papier, bildlich gesprochen, aus Gummi, das sich aber nicht ausdehnt, sondern noch immer mehr zusammenschrumpft. Die deutsche Mark hat ihre Bedeutung als Wertmaßstab verloren.

Ein Trost bleibt dabei, nämlich der, daß zugleich mit den Ziffern der Ausgabeseite auch die der Einnahmeseite wachsen können. Darum sind die Erträge, die der Minister aus den kommenden neuen Steuern errechnet, voraussichtlich viel zu klein. Wenn zum Beispiel eine Ware hundert Mark kostet, so beträgt die 2½prozentige Umsatzsteuer 2,50 Mk. Verdoppelt sich aber der Warenpreis, so verdoppelt sich auch diese Umsatzsteuer. Ein ähnliches Verhältnis liegt auch bei den meisten anderen Steuern vor.

Trotzdem bleibt das Reich, solange die Mark weiter sinkt, in schwerem Nachteil, nämlich in jenem Nachteil, in dem sich heute jeder Markgläubiger gegenüber dem Markschuldner befindet. Jedermann schuldet dem Staat Steuern, zwischen dem Zeitpunkt aber, in welchem der Staat das Recht auf die Steuern erwirbt und jenem, zu dem die Steuer auch wirklich bezahlt wird, besteht ein ziemlich langer zeitlicher Zwischenraum. Eine Milliarde, auf die der Staat heute schon Anspruch hat, die aber erst in einigen Monaten einkommt, ist dann vielleicht nur noch soviel wert, wie heute 500 Millionen oder 250 Millionen.

Aus alledem geht hervor, daß sich der Staat unmöglich darauf beschränken kann, sich an die Ufer des ungeheuren Papierstromes zu setzen, der unsere Volkswirtschaft durchflutet und aus ihm herauszuschöpfen, was immer sich mit den Eimern der Steuergesetzgebung erfassen läßt. Ihm muß der Zugriff eröffnet sein auf die wirklichen Werte, die sich im Besitz seiner Bürger befinden und das sind einmal die gewaltigen Guthaben in fremden Zahlungsmitteln, die in ausländischen Banken auf deutschen Konten liegen, und das sind zum anderen die im Inland befindlichen Sachgüter an Grund und Boden, Häusern, Fabrikgebäuden usw. Der Wert dieser Sachvermögen steigt, in Papiermark ausgedrückt, genau in demselben Maße, in dem das staatliche Zahlungsmittel, die Mark, sinkt. Hat der Staat ausländische Devisen, hat er inländische Sachwerte, so macht ihn das Fallen der Mark nicht nur auf der einen Seite ärmer, sondern es macht ihn auf der anderen Seite auch wieder reicher, weil der Wert der ihm zur Verfügung stehenden Mittel, in Papiermark ausgedrückt, steigt.

Bis jetzt ist es im großen ganzen so, daß das Fallen der Mark eine Bereicherung eines kleinen Kreises von Personen zum Schaden des Reiches und des ganzen Volkes bedeutet. Daß gewisse Kreise in Deutschland an der Entwertung der Mark und damit an der Verelendung des deutschen Volkes geschäftlich interessiert sind, beweist schon der Umstand, daß der spekulative Druck auf die Mark nicht vom Ausland, sondern von den deutschen Börsen ausgeht. Wenn die Mark beispielsweise in Newyork nur noch 1/40 — ein Vierzigstel — des Friedenswertes hat, handelt man sie in Berlin schon mit einem Fünfzigstel, und wenn dann Newyork wieder nachkommt, eilt Berlin schon wieder voraus. Die deutsche Valutaspekulation kann es offenbar garnicht erwarten, bis die Mark auf dem Niveau des Sowjet-Rubels angelangt sein wird.

Das alles beweist durchaus nicht, daß neue Steuern überflüssig sind, weil durch sie ja doch nicht geholfen werden könnte. Im Gegenteil, die Milliarden, die der Staat aus den Steuererträgen erzielen könnte, die er aber herauszuziehen unterläßt, müssen in der Reichsdruckerei frisch gedruckt werden und bewirken ein abermaliges katastrophales Sinken der Mark. Die ständige Valutaentwertung ist aber die sinnloseste und grausamste Form der indirekten Besteuerung, die sich überhaupt denken läßt.

Daraus folgt, daß Steuern, Kredithilfe und Erfassung der Sachwerte ein untrennbares Ganzes bilden für jeden ernsten Plan, der Katastrophe der deutschen Finanzen Einhalt zu gebieten. Ob sie alle zusammen dazu ausreichen, kann niemand mit Bestimmtheit sagen. Man muß es vielmehr bezweifeln. Trotzdem muß das deutsche Volk ganz offensichtlich an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit, ja selbst über sie hinaus streben, um den Vorwurf zu entkräften, es stelle sich bloß zahlungsunfähig, ohne es in Wirklichkeit zu [illegible] Eine alle Möglichkeiten erschöpfende Finanzpoli[illegible] heute für Deutschland das einzige erfolg[illegible]sprechende Mittel einer großen Politik, die auf eine Revision des Londoner Ultimatums hinzielt. Dieser Politik muß auch der Besitz Opfer bringen, gleichviel ob er ihre Notwendigkeit selber begreift und freiwillig danach handelt, oder ob er durch die Macht der Gesetzgebung erst dazu gezwungen werden muß.

Ein Vorstoß der Industrie.

Der Reichsverband der deutschen Industrie über die Kredithilfe und ihre Bedingungen.

Die außerordentliche Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der deutschen Industrie war sehr stark besucht. Die Debatte, die schließlich zur Annahme einer die grundsätzliche Bereitschaft zur Kredithilfe aussprechenden Resolution führte, nahm sieben Stunden in Anspruch und verlief teilweise sehr lebhaft. Gegen die Weiterführung der Kreditunterhandlungen erhob sich eine beträchtliche Opposition. Der Vorstand hatte eine Resolution vorgelegt, die unter der Voraussetzung, daß die Reichsregierung den ernstlichen Willen zur Durchführung einer sparsamen Finanzwirtschaft auf allen Gebieten, insbesondere zur Beseitigung der Mißstände bei den Betriebsverwaltungen bekunde und gewillt sei, dabei die begründeten und sachkundigen Ratschläge der Industrie nicht wie bisher zu mißachten, das Festhalten an dem Münchner Beschluß vom 27. September empfahl, wonach von der Industrie unter Ausnutzung des Auslandskredites Geld oder Devisen zur Verfügung gestellt werden können. In der Resolution des Vorstandes wurde ferner beantragt, den für die Verhandlungen bereits eingesetzten Ausschuß zur Fortführung dieser Verhandlungen zu ermächtigen, sowie dazu, daß in Gemeinschaft mit deutschen Banken in Besprechungen mit ausländischen Finanzleuten über Form und Höhe einer Anleihe eingetreten werde. Der Ausschuß soll die Verhandlungen mit Beschleunigung betreiben und dabei auch die Frage der Rechtsformen, der Haftbarkeit und der Unterverteilung auf alle am gewerblichen Leben beteiligten Kreise durcharbeiten. In dieser Form wurde die Resolution nicht angenommen, sondern man einigte sich nach langer Diskussion, nachdem u. a. Reichsbankpräsident Havenu-

[illegible] für die Behandlung der Angelegenheit eingesetzten Ausschuß, der angemessen zu ergänzen ist, unter Zuziehung der deutschen Banken, die Verhandlungen zunächst mit der Reichsregierung mit dem Ziele weitgehender geldlicher Stützung des Reiches für Reparationszwecke fortzusetzen unter folgenden Voraussetzungen: Es muß gleichzeitig Sicherheit dafür gegeben werden, daß Reichsregierung und Reichstag eine sparsame Finanzwirtschaft auf allen Gebieten des Staatslebens unverzüglich eintreten zu lassen und das Wirtschaftsleben von allen die freie Betätigung und Entwicklung hemmenden Fesseln befreien. Insbesondere müssen die Reichs- und sonst in öffentlicher Hand befindlichen Betriebe derart behandelt werden, daß sie nicht weiter die öffentlichen Finanzen belasten, sondern sie entlasten. Ein Ziel unserer inneren Wirtschaftspolitik muß sein, alle in der Wirtschaft vorhandenen, nicht voll beschäftigten Kräfte wieder zu produktiver Arbeit zu bringen. Die Produktion muß die Sicherheit haben, daß durch ihre Mitarbeit aus unproduktiven Unternehmungen solche gemacht werden, die solche Erträge bringen, daß sie zur Verzinsung des geplanten Golddarlehens ausreichen und dadurch die jetzt vorübergehend und freiwillig eintretende Industrie entlasten."

Diese Resolution, die schließlich mit 750 gegen ganz wenige Stimmen angenommen wurde, unterscheidet sich in einigen Punkten von dem Antrage des Vorstandes. Während vorher von der Zusammenberufung des Ausschusses nicht die Rede war, soll nunmehr auf Betreiben eines Teiles der Mitglieder dieser Ausschuß eine Ergänzung erfahren. Auch ist das Verlangen nach Sicherheit für sparsamere Wirtschaft im Staate, besonders aber bei den öffentlichen Betrieben, schärfer gefaßt worden. Trotzdem herrscht in den Kreisen der Regierung, laut „Frkf. Ztg.", Genugtuung darüber, daß die Verhandlungen auf Grund des heutigen Beschlusses weitergeführt werden können. Befürchtungen ließen sich nach der Haltung, welche die von dem deutschnationalen Großindustriellen Hugenberg geführte Gruppe einnahm, nicht unterdrücken. Wie es heißt, hat sich auch Herr Stinnes für die Fortsetzung der Kreditaktion erklärt. Man nimmt an, daß die Besprechungen mit der Reichsregierung schon in den nächsten Tagen aufgenommen werden. Der zu erweiternde Ausschuß versammelt sich am Mittwoch. Wenn ein fester Plan für die Durchführung der Kreditbilfe vorliegt, soll nach einem ebenfalls gefaßten Beschlusse wiederum eine Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Industrie damit befaßt werden.

* * *

Von der Berliner Presse am Sonntagmorgen nimmt nur die Herrn Stinnes nahestehende „Deutsche Allgemeine Zeitung" zu dem Beschlusse des Reichsverbandes Stellung. Unter der Ueberschrift „Die Industrie hilft dem Reiche" bringt das Blatt eine wahre Lobeshymne auf den Opfergeist der deutschen Industriellen. Wichtiger sind die Erläuterungen, die die „Deutsche Allgemeine Zeitung" der Entschließung des Reichsverbandes mit auf den Weg gibt. Dadurch werden die Forderungen etwas deutlicher. So schreibt das Blatt:

„Mit vollem Recht fordert die Industrie als Sicherheit eine sparsame Finanzwirtschaft in allen Zweigen der staatlichen Verwaltung und die Anspannung aller vorhandenen produktiven Kräfte bis zum Aeußersten. Dazu gehört vor allen Dingen, daß die großen Staatsbetriebe, die jetzt, und wenn mit dem bisherigen System nicht gebrochen wird, auf lange Jahre hinaus, ungeheure Zuschüsse verlangen, unverzüglich in geeigneter Weise umorganisiert, entbureaukratisiert und so zu rentablen Betrieben gemacht werden. Das ist schon aus dem Grunde erforderlich, weil diese Unternehmungen — sie stellen die bedeutendsten Goldwerte dar — auch ihrerseits durch Ueberschüsse zur Amortisation und Verzinsung des aufzunehmenden großen Auslandskredits herangezogen werden müssen."

Man wird ja bald hören, was die Industrie unter ihrer Umgestaltung der großen Staatsbetriebe versteht. Die Anspannung „aller vorhandenen produktiven Kräfte bis zum Aeußersten" läßt darauf schließen, daß man das Verhältnis der Staatsbetriebe zu ihren Beamten, Angestellten und Arbeitern ganz auf die Grundsätze kapitalistischer Ausbeutung umstellen will.

Mit einer Heuchelei, die kaum noch zu überbieten ist, predigt die „Deutsche Allgemeine Zeitung" den Arbeitern, daß nunmehr auch für die Arbeiterschaft der Augenblick gekommen sei, dem Reiche in seiner höchsten Not beizuspringen. Als wenn nicht jeder im Reiche wüßte, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger seit Jahr und Tag Opfer gebracht haben, wirtschaftlich und finanziell, denen gegenüber alles verblaßt, was Handel und Industrie und Finanz etwa in Zukunft „opfern" werden. Die Höhe der Dividenden auf der einen Seite und die wachsende Verarmung auf der anderen Seite, reden eine unwiderlegliche Sprache. Worauf die Industrie unter Führung des Herrn Stinnes hinaus will, sagt die „Deutsche Allgemeine Zeitung" mit unerfreulicher Deutlichkeit:

„Wo alle Kreise des Volkes opfern, wird die Arbeiterschaft doch ihrerseits mit dem so außerordentlich wertvollen Gut ihrer Arbeitskraft nicht zurückhalten wollen! Deutschland kann nur durch angespannteste Tätigkeit wieder emporkommen. In dem achtstündigen Arbeitstag soll grundsätzlich nicht gerüttelt werden. Er soll bestehen bleiben für alle Arbeiter, die effektive Arbeit leisten, wobei allerdings gesichert werden muß, daß jede Minute des achtstündigen Arbeitstages auf das intensivste ausgenutzt wird. Ob der achtstündige Arbeitstag [illegible] Ueberstundenleistungen hinweist. Dazu gehören in erster Linie die Bergarbeiter, deren Tätigkeit überhaupt erst die Voraussetzung für jede Art von industrieller Arbeit schafft, sodann auch die Arbeiter in den Qualitätsbetrieben, deren Erzeugnisse in erster Linie für die Ausfuhr bestimmt sind und uns die so dringend benötigten ausländischen Zahlungsmittel ins Land bringen. Ja, es ist nicht zu viel gesagt, daß die verständnisvolle Mitwirkung der deutschen Arbeiterschaft überhaupt erst die Voraussetzung für das Gelingen des großen Kreditplanes schafft."

Also die klare Absicht, den Achtstundentag auszuhöhlen! Denn was um diese Frage herumgeschrieben wird, kann doch niemanden täuschen. Schon aus diesen Andeutungen ist ersichtlich, welche großen Schwierigkeiten in der allernächsten Zeit in der inneren Politik Deutschlands auftauchen werden. Wenn die Arbeiterklasse sich jetzt um kleinere taktische Fragen zerfleischt, wozu manche Leute Lust zu haben scheinen, wird sie schweren wirtschaftlichen Nachteil haben. Die Industrie weiß, was sie will und ist geschlossen. Diese Geschlossenheit muß sich die Arbeiterklasse zum Vorbild nehmen.

Kronprätendent Rupprecht.

Das Hofmarschallamt des früheren bayerischen Kronprinzen Rupprecht sendet der amtlichen Korrespondenz Hoffmann mit der Bitte um Veröffentlichung eine Kundgebung, die nicht verfehlen wird, weit über die Grenzen des Landes hinaus Aufsehen zu erregen. Die Kundgebung hat folgenden Wortlaut:

„Aus allen Teilen Bayerns und von vielen auswärts lebenden treuen Bayern sind mir in außerordentlich großer Zahl warm empfundene Kundgebungen der Teilnahme zum Hinscheiden meines nun in Gott ruhenden lieben Herrn Vaters zugegangen. Diese Kundgebungen haben meine einen ergreifenden Höhepunkt erreicht anläßlich der Beisetzungsfeier meiner in den letzten drei traurigen Jahren heimgegangenen Eltern. Sie sind ein rührender Beweis, daß Treue kein leerer Wahn ist, und daß die innigen Beziehungen, die seit drei Vierteljahrtausenden das bayerische Volk mit dem aus ihm hervorgegangenen Geschlechte der Wittelsbacher verbinden, sich nicht durch einen Federstrich lösen lassen. Ich werde diese Zeichen der Treue nicht vergessen.

Mein höchstseliger Herr Vater hat den Kelch des Leidens bis zur Neige geleert. Nicht nur sah er sein auf das Beste des Landes gerichtetes Lebenswerk zerstört: er mußte zu seinem Schmerze nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches auch noch die in einem Augenblick der Unordnung und Verwirrung erfolgte Preisgabe von wesentlichen, für das Bestehen des bayerischen Staates unentbehrlichen Rechten erleben.

Eingetreten in die Rechte meines Herrn Vaters und im treuen Bekenntnis zu meiner bayerischen und deutschen Heimat, bin ich verpflichtet, dies festzustellen. Das schulde ich der Ueberlieferung meines Hauses, der Geschichte und der Zukunft. Die in den letzten Tagen mir zum Ausdruck gebrachten Gefühle berechtigen zu der Hoffnung, daß das bayerische Volk seinem gesunden Sinn entsprechend aus seiner jetzigen Bedrängnis sich mit Gottes Hilfe wieder emporringen wird. Rupprecht."

Kappisten vor dem Reichsgericht.

Berlin, 5. November. Das Reichsgericht hat gegen die wegen Beteiligung am Kapp-Putsch Angeklagten von Jagow, von Wangenheim und Schiele Termin für den 7. Dezember in Aussicht genommen.

Zur Beamtenbesoldung

teilt die preußische Landesregierung dem „Sozialdemokratischen Parlamentsdienst" mit, daß ihr von der Serialen Arbeitsgemeinschaft Deutscher Beamtenverbände (Besoldungsgruppe 1—6), die zirka 350 000 Beamte vertritt, ein Protest gegen die geplante Neuordnung der Beamtengehälter zugegangen ist, der im großen und ganzen als berechtigt gelten kann. Es heißt darin u. a.: Aus dem Vorschlag der Regierung wäre zu ersehen, daß man an den maßgebenden Stellen kein Verständnis für die misliche Lage der Beamten in den Besoldungsgruppen 1—6 hat. Nur vom ausgesprochenen Klassenstandpunkt sind Unterschiede im Grundgehalt, wie sie zwischen Gruppe 1 mit 7500 bis 12 000 Mark und Gruppe 13 mit 53 000 bis 80 000 Mark in Aussicht genommen sind, zu erklären. Die Beamtenschaft würde durch unveränderte Annahme dieser Bestimmungen zur Aufnahme des schärfsten Kampfes gezwungen werden. Die Beamten der Besoldungsgruppen 1 bis 6 erwarten vom Reichstag und Landtag, daß sie erhebliche Verbesserungen gegenüber der wirtschaftlich stärksten Beamtengruppe vornehmen, damit auch diese nicht dauernd Not leiden müssen und die neue Beamtenordnung nicht einen ausgesprochenen Klassencharakter, sondern ein auch vom sozialen Standpunkt erträgliches Gepräge erhält.

Die sozialdemokratischen Fraktionen werden diesen Darlegungen ihre volle Aufmerksamkeit schenken müssen, um bei Beratung der Vorlage helfend eingreifen zu können.

wurfes, der die Berechnung der gesetzlichen Miete festsetzt. Bei der Preisbestimmung soll von dem Mietzins am 1. Juli 1914, der sogenannten Friedensmiete, ausgegangen werden. Nötigenfalls soll sie von dem Mieteinigungsamt festzusetzen sein. Unter Führung des Abg. Boythien suchten Redner aller bürgerlichen Parteien die Regierungsvorlage mit dem Ziele abzuschwächen, eine Erhöhung der Friedensmiete zu erreichen. Nur der Zentrumsabgeordnete Tremmel, ein christlicher Arbeitervertreter, schloß sich von diesem Vorgehen der bürgerlichen Parteien aus. Abg. Sollmann (Soz.) bezeichnete die Regierungsvorlage als das Mindestmaß des zu Fordernden. Eine Erhöhung der Friedensmiete sei unerträglich. Die Sozialdemokratie wolle alles bewilligen, was zur Sanierung des Wohnungswesens notwendig sei, aber nichts, was zur Bereicherung Privater führen könne. Das Vorgehen der Hausbesitzervertreter habe die Sabotage des Gesetzes zum Ziel. Wenn diese Taktik sich in den Kommissionsverhandlungen fortsetze, werde man zu keiner Einigung kommen. Die Unabhängigen und Kommunisten nahmen denselben Standpunkt ein. Abg. Boythien (Dt. Vpt.) bestritt die Absicht der Sabotage. — Der Wohnungsausschuß beschloß, auch bei einer etwaigen Vertagung des Reichstags die Beratungen über das Gesetz fortzuführen.

Ministerpensionen.

Durch einen Antrag an den sozialdemokratischen Parteitag zu Görlitz ist bekannt geworden, daß der ehemalige Reichskanzler Fehrenbach ein Ruhegehalt von 45 000 Mark jährlich bezieht, obwohl seine Amtszeit nur von kurzer Dauer war und sein Einkommen als Rechtsanwalt durch seine Reichskanzlerschaft a. D. sicher nicht beeinträchtigt ist. Eine kommunistische Reichstagsanfrage verlangte von der Regierung Auskunft, ob nach denselben Grundsätzen Ruhegehälter auch anderen ehemaligen Ministern bewilligt worden sind. Die Reichsregierung antwortete, daß die Pension an Fehrenbach unter Anrechnung seiner Tätigkeit als „Sachwalter" erfolgt sei. Aehnliche Voraussetzungen hätten für die parlamentarischen Minister von Payer, von Kraute, Koch und Dr. Scholz vorgelegen. Den beiden letztgenannten wurde ihre kommunale Tätigkeit angerechnet. Unter den ferner von der Reichsregierung genannten Pensionsgewinnern befand sich der kurzlebige Staatssekretär des Kanzlers Michaelis, der frühere Kölner Oberbürgermeister Wallraf. Die Antwort der Regierung hat deutlich gezeigt, wohin etwaige Vorwürfe wegen Futterkrippenwirtschaft zu richten sind. Nicht ein einziger sozialdemokratischer Minister a. D. bezieht Pension.

Ein außerordentlicher Städtetag.

Berlin, 6. November. Der deutsche Städtetag ist für den 11. November zu einer außerordentlichen Tagung nach Berlin einberufen worden, um zu beraten, wie die Mittel für die Gehalts- und Lohnerhöhungen, die nach dem Vorgange im Reich auch in den Gemeinden notwendig geworden sind, aufgebracht werden können.

Ueber die Organisation der deutschen Kommission zu den Wirtschaftsverhandlungen

gemäß der Entscheidung des Obersten Rates für Oberschlesien, wird uns folgendes mitgeteilt: Dem Hauptdelegierten, Reichsminister a. D. Schiffer, ist als Vertreter Staatssekretär a. D. Lewald, als diplomatischer Vertreter Wirklicher Legationsrat Graf v. d. Schulenburg zur Seite gegeben. Ein weiterer Vertreter des Auswärtigen Amtes und des Reichsministeriums des Innern werden noch ernannt werden. Die preußischen Interessen wird in der Hauptkommission der frühere Unterstaatssekretär im Handelsministerium und jetzige Professor in Bonn Dr. Goeppert, vertreten, dem der frühere Bürgermeister Dr. v. Miquel zur Seite stehen wird. Außerdem werden Vertreter der oberschlesischen Interessen zugezogen werden, so u. a. der Abgeordnete Pfarrer Ulitzka und Genosse Loeffler.

Für die in der Entscheidung des Obersten Rates genannten 11 Punkte werden 11 verschiedene Unterkommissionen ernannt werden. Der Leiter der ersten Kommission für das Eisenbahnwesen wird Geheimer Regierungsrat Schulz vom Reichsverkehrsministerium sein. Die zweite Kommission wird sich mit Wasser- und Elektrizitätsfragen beschäftigen. Vorsitzender ist Oberbergrat Schwandke von der Oberbergdirektion Hindenburg. Der Leiter der dritten Kommission, die die Finanzfragen zu bearbeiten hat, wird der Präsident des Landesfinanzamtes Stettin, Ueberschär, sein. Die vierte Kommission, der die Regelung der Postfragen obliegt, steht unter Leitung des Präsidenten der Oberpostdirektion Oppeln, Stroh. Die fünfte Kommission hat sich mit dem Steuerwesen, In- und Ausfuhr, dem Veredlungsverkehr usw. zu beschäftigen.

Der Ministerialdirektor v. Stockhammern vom Auswärtigen Amt soll diese Kommission leiten. Die sechste Kommission erledigt Bergbaufragen, ihr Leiter ist noch nicht ernannt. Ein bekannter Industrieller aus Oberschlesien steht in Frage. Die siebente und achte Kommission, die die Reichsregierung in Fragen des Arbeiterrechtes und der Sozialversicherung vertritt, steht unter Leitung von Ministerialdirektor Dr. Sitzler vom Reichsarbeitsministerium, der auch die zehnte Kommission leiten

---

100%

Roman eines Patriziers.

Von Upton Sinclair.

Amerikanisches Copyright by Malik-Verlag, Berlin-Halensee.

35] (Nachdruck verboten.)

Noch einigen Minuten vernahm er die schlaftrunkene Stimme seines Vorgesetzten. Peter verschwendete mit wenigen Worten Mr. Ginneys Schlaftrunkenheit.

„Herr Mr. Ginney, eine Bombenverschwörung!"

„Was?"

„J. W. W. Bomben in einer Reisetasche! Heute Nacht soll jemand in die Luft gesprengt werden!"

„Mein Gott! Was reden Sie da? Wer?"

„Das weiß ich noch nicht, habe die Sache bloß zufällig erfahren. Die Leute sind bereits ausgegangen, ich muß ihnen folgen. Sonst verliere ich die Spur, komme um Ende zu spät. Verstehen Sie, ich muß ihnen folgen."

„Ich höre. Was soll ich tun?"

„Ich werde Ihnen bei der ersten Gelegenheit telephonieren. Halten Sie Ihre Leute in Bereitschaft, wenigstens ein Dutzend, auch Automobile. Damit es schnell geht. Verstehen Sie?"

„Ja, aber . . . . ."

„Ich kann nicht länger sprechen, fürchte, die Spur zu verlieren, habe keine weitere Sekunde Zeit. Bleiben Sie am Telephon, halten Sie Ihre Leute bereit, alles bereit. Verstehen Sie?"

„Ja, aber warten Sie, Mensch. Liegt bestimmt kein Irrtum vor?"

„Nein, nein, ich bin meiner Sache sicher," rief Peter, seine Stimme schraubte vor Erregung zu den höchsten Tönen auf. „Sie haben Dynamit, haben alles. Es handelt sich um einen gewissen Zelle."

„Zelle? Wie heißt er noch?"

„Das sollen Sie hören. Ich muß gehen. Bringen Sie alles in Bereitschaft."

Peter hing den Hörer zurück; er war neuerdings entsetzt über die Rolle, die er spielte, daß er aus der Kneipe telephonierte, als wäre er wirklich J. W. W.-Verschwörer [illegible] Ich mit Bomben

[illegible] fand er Nell, und sie schritten zusammen weiter. In einem kleinen Park setzten sie sich auf eine Bank, weil Peters Beine ihn nicht mehr tragen wollten. Nell machte eine Runde, um zu sehen, ob niemand in der Nähe sei, kehrte dann zur Bank zurück und probte die nächste Szene mit Peter. Diese müssen sie ganz besonders langwillig vorbereiten, denn nun kommt der Teil, bei dem Nell nicht gegen sein Leben und Peter auf eigenen Füßen stehen muß. Peter wußte dies, und seine Knie knickten ein. Er wollte erklären, er könne die Sache nicht weiter machen, er wolle zu Mr. Ginney eilen und alles gestehen. Nell erriet, was in seiner Seele vorging, sie versuchte ihm die Beschämung, es ausgesprochen zu haben, zu erleichtern. Sie schmiegte sich eng an ihn, streichelte beim Sprechen seine Hand. Welcher Wärme strömte über Peters Leib. Er wagte es, den Arm um Nell zu schlingen, um das köstliche Gefühl noch zu verdoppeln. Nell gestattete seine Umarmung, ja sie ermunterte ihn sogar dazu. Peter war ein Held, hatte ein moralisches, gesellschaftliches Abenteuer unternommen, würde es wie ein Mann ausführen und Nells Bewunderung erringen. „Unser Vaterland führt Krieg," rief sie. „Und diese Teufel werfen Kitze zwischen die Räder."

Allmählich wird Peter zu Mute, als könne er der ganzen Welt Trotz bieten. Er war bereit, hinzugehen und selbst den König von American-City mit einer Bombe in die Luft zu sprengen. In dieser Stimmung verharrte er während der frühen Morgenstunden, den Arm um das Mädchen geschlungen. Er hätte bloß gewünscht, sie könne mehr Zeit, seinen Liebesbeteuerungen zu lauschen und wäre nicht nur damit beschäftigt, ihm seine Lektion wiederholen zu lassen.

XLIV.

Der Tag brach an, die Vögel begannen zu singen. Sonnenstrahlen fielen auf Peters entschlossenes grimmes Gesicht und auf Nells [illegible] Züge. Die Zeit zum Handeln war gekommen; Peter ging aus, Mr. Carmichs Wohnung bis sieben Uhr zu überwachen; um diese Zeit mußte er den Brief erhalten.

Er erklärte ihr, Peter sah Mr. Carmichs Haus verlassen und in die Richtung der Ateliers gehen. Es war noch zu früh, Peter nahm an, Pat werde sicher zurückkehren, und richtig begab sich Pat wieder in eine Seine Meierei. Peter huschte zu der nächsten Telephonzelle und rief seinen Vorgesetzten an.

„Mr. Ginney," sprach er. „Heute Nacht werden ich die Frau, habe sie aber jetzt wieder gesehen. Heute früh [illegible] eine Ver-

„Wo?" fragte Mr. Ginney.

„Zimmer 17 in den Ateliers. Lassen Sie aber Ihre Leute nicht hinkommen, bis ich das Zeichen gebe und gewiß bin, daß alle richtigen Burschen dort sind."

„Hören Sie, Peter Gudge," rief Mr. Ginney. Betrügen Sie mich nicht?"

„Mein Gott! Wofür halten Sie mich denn? Ich sage Ihnen doch, die Leute haben eine Unmenge Dynamit."

„Was haben sie damit getan?"

„Ein Teil davon befindet sich im Hauptquartier. Wo der Rest ist, weiß ich nicht. Sie haben ihn mitgetragen und ich verlor in der Nacht die Spur. Doch fand ich in meiner Tasche einen Zettel, ich wurde ebenfalls aufgefordert, mitzutun."

„Großer Gott!" rief der rattengesichtige Mann.

„Wir fassen die ganze Bande. Sind Ihre Leute in Bereitschaft?"

„Ja."

„Gut, sie sollen an die Ecke der Siebenten und der Washington-Straße kommen. Sie selbst erwarte ich an der Ecke der Achten und Washington-Straße. Kommen Sie so rasch Sie können. Verstanden?"

„Ja", kam die Antwort; Peter hing den Hörer zurück und eilte an den besprochenen Ort. Er war derart nervös, daß er sich auf eine Haustreppe setzen mußte. Da die Zeit verstrich, und Mr. Ginney nicht erschien, folterten ihn wilde Vorstellungen. Vielleicht hat ihn Mr. Ginney mißverstanden. Oder das Automobil hat eine Panne erlitten. Oder das Telephon hat nicht funktioniert. Mr. Ginney und seine Leute werden zu spät kommen! Die Falle wird offen stehen, die Verschwörer werden entflogen sein!

Zehn Minuten vergingen, fünfzehn Minuten, zwanzig Minuten. Endlich raste ein Automobil die Straße entlang, Mr. Ginney sprang heraus, das Automobil fuhr weiter. Peter gab Mr. Ginney ein Zeichen und zog sich auf eine Türschwelle zurück. Mr. Ginney folgte ihm, fragte erregt: „Haben Sie sie?"

„Ich weiß nicht!" stammelte Peter zähneklappernd. „Sie sagten, Sie würden um acht hier sein."

„Zeigen Sie mir den Zettel", befahl Mr. Ginney, und Peter zog Nells Schreiben aus der Tasche: „Wenn Sie wirklich bereit sind, die Rechte des Proletariats durch eine kühne Tat zu fördern, treffen Sie mich in den Ateliers, Zimmer siebzehn, morgen um acht Uhr. Es sollen keine Namen genannt werden. Aeußerste

Liquidations- und Ausgleichsfragen, mit dem Schutz der nationalen Minderheiten und der Optionsfrage zu beschäftigen haben wird, soll Geheimrat Haering vom Reichsministerium des Innern leiten.

Die Anerkennung der russischen Schuld.

Unser russischer Mitarbeiter schreibt uns:

Die letzte Note Tschitscherins über die Anerkennung der alten russischen Schulden hat ein Aufsehen in der gesamten politischen Welt erregt. Die gesamte westeuropäische Presse, vor allem die der interessierten Länder nimmt in der einen oder anderen Weise Stellung zu der genannten Note Tschitscherins. Dieses Interesse, das die Presse der Note Tschitscherins widmet, ist begreiflich. Denn einerseits bedeutet die Anerkennung der alten Schulden des zaristischen Rußlands die endgültige Abwendung der Sowjetregierung — wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiet — von dem ursprünglichen jugendlich-fanatischem Bolschewismus der ersten russischen Revolution. Andererseits wird erst durch die Anerkennung der Schulden der eigentliche Grundstein für die Anbahnung von geregelten, wirtschaftlichen Verhältnissen zwischen Rußland und der übrigen Welt gelegt. In den letzten Jahren der allgemeinen wirtschaftlichen Zerrüttung ist es allgemein zu einer Wahrheit geworden, daß ohne Wiederaufbau Rußlands die Ueberwindung der gegenwärtig chronisch andauernden Krise nicht möglich ist. Andererseits war es aber klar gewesen, daß trotz des sogenannten „neuen Kurses" der Wiederaufbau Rußlands nicht ernst in Angriff genommen werden konnte, solange die Sowjetregierung prinzipiell auf Annullierung der alten russischen Schulden bestand. Vor allem konnte sich mit diesem Standpunkt Frankreich nicht abfinden. Daraus erklärt sich auch der scharfe Gegensatz, der zwischen Frankreich und Sowjetrußland besteht. Frankreich ist bis in die letzte Zeit hinein der geistige Urheber aller Interventionspläne gewesen. Obwohl der Sowjetregierung es einleuchten mußte, daß der neue wirtschaftliche Kurs, den sie eingeschlagen hat, notwendigerweise die Anerkennung der alten Schulden voraussetzte, ließ sie noch vor kurzem durch ihren Vertreter Krassin in Westeuropa erklären, daß sie garnicht daran denke, den Verpflichtungen der alten vorrevolutionären russischen Regierung nachzukommen. Und nun hat sich die Sowjetregierung dennoch in einer offiziellen Note bereit erklärt, die Schulden der alten zaristischen Regierung bis zum Jahre 1914 anzuerkennen. Sie hat nicht mit leichtem Herzen diese Note in die Welt gesandt. Es waren schwerwiegende Gründe, die sie dazu veranlaßt haben.

Die Sowjetregierung befindet sich in einer außergewöhnlichen finanziellen Not. Das Land ist durch den Bürgerkrieg und durch die bolschewistischen Experimente gänzlich ruiniert. Es bedarf der Erholung. Vor allem will diese Erholung der Bauer haben. Der Bauer, der fast 90 Prozent der Bevölkerung Rußlands bildet, will für seine landwirtschaftlichen Produkte Gegenstände des täglichen Bedarfs erhalten. Doch die zerrüttete russische Industrie kann ihm diese nicht bieten. Um die starke Unzufriedenheit der ländlichen Bevölkerung zu dämpfen, hat auch die Sowjetregierung seit Sommer dieses Jahres ihren sogenannten „neuen Kurs" eingeschlagen, den man mit den Worten: „Zurück zum Kapitalismus" bezeichnen kann. Der „neue Kurs" hat aber im allgemeinen die trostlose wirtschaftliche Lage Rußlands nicht gebessert. Die russische Industrie ist mit eigenen Mitteln nicht in der Lage, hochzukommen. Sie bedarf der Hilfe des Auslandes. Doch das ausländische Kapital, dem die Sowjetregierung durch ihre Konzessionspolitik die Tür weit geöffnet hat, hat kein Vertrauen zu den heutigen Machthabern Rußlands. Den ausländischen Kapitalisten fehlt es vor allem an genügenden Rechtsgarantien. Noch in diesen Tagen hat der Vorsitzende des obersten Volkswirtschaftsrates, Prof. Bondanoff, in seiner Rede auf dem Kongreß der Elektrotechniker unter anderem gesagt, daß Sowjetrußland die Hoffnung über den Wiederaufbau seiner Wirtschaft mit Hilfe des ausländischen Kapitals und der ausländischen Konzessionen aufgeben müsse. „Und wenn auch ausländisches Kapital zum Wiederaufbau herangezogen werden könnte, was einstweilen nicht der Fall ist, so würden die Folgen für Rußland sich erst nach Jahren, ja sogar Jahrzehnten, bemerkbar machen. Bisher haben wir noch kein einziges solides Angebot vom Ausland erhalten. Solide Firmen verlangen solide Garantien und solide Einkünfte, die wir unter den jetzigen Bedingungen nicht geben können."

Die Bolschewisten mußten somit einsehen, daß der neue Kurs allein nicht genügt, und daß nur eine internationale Anleihe Rußland von dem heutigen Elend befreien kann. Ein solche Anleihe kann aber begreiflicherweise nur dann zustande kommen, wenn die Beziehungen zu den europäischen Großmächten geregelt werden. Anfangs hat die Sowjetregierung auch einen Fühler ausgestreckt, um zu erfahren, ob man in Westeuropa geneigt sei, Rußland eine Anleihe zu gewähren. In London wurde dem Vertreter der Sowjetrepublik, Krassin, aber nahegelegt, daß über eine solche Anleihe nur dann diskutiert werden könne, wenn die Sowjetregierung vorerst die alten Schulden des russischen Reichs anerkenne und ihre Politik in demokratischem Sinne ändern würde. Darauf versuchte die Sowjetregierung den Plan des italienischen Kommunisten Bombacci über eine internationale Arbeiteranleihe für Sowjetrußland zu verwirklichen. Doch haben die Sowjetleute diesen Plan scheinbar selber nicht ernst genommen: sie hofften wohl immer noch auf eine Anleihe der europäischen Staaten. Doch der Beschluß der Konferenz in Brüssel, die gegen die Stimme des deutschen und italienischen Vertreters die machte in Moskau einen schrecklichen Eindruck. Die Brüsseler Konferenz zeigte der Sowjetregierung mit aller Deutlichkeit, daß die Ententeländer — und auf die kommt es vor allem an — nicht gewillt sind, ohne weiteres Sowjetrußland Kredite zu gewähren. So hat man sich denn auch in Moskau schweren Herzens entschlossen, die alten Schulden, wenn auch nur bis zum Jahre 1914, unter gewissen Bedingungen (Absage von der Interventionspolitik und Anerkennung der Sowjetrepublik u. a. m.) anzuerkennen. Die Regierung Lenins hofft mit dieser prinzipiellen Zusage die gewünschte internationale Anleihe zu erhalten. (Schluß folgt.)

Die Entthronung der Habsburger.

Budapest, 6. November. Die Nationalversammlung hat einstimmig auch in dritter Lesung den Gesetzentwurf über den Verlust der Herrscherrechte des Exkönigs Karl und das Erlöschen des Thronfolgerechtes des Hauses Habsburg angenommen.

Oesterreichs Revolutionsfeier.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Der Parteivorstand der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie fordert in einer Kundgebung auf, am 12. November, dem Feiertag der Republik, für deren Fortbestand zu demonstrieren. Es gelte, die Wiederkehr des Tages zu feiern, an dem das deutsch-österreichische Volk das bluttriefende Geschlecht der Habsburger verjagt habe, die Republik aufrichtete und sich den Anschluß an Deutschland zum Ziel setzte. Wenn auch der Putsch Karls gescheitert ist, müssen die Wehrmänner doch noch das Burgenland gegen die Banden Horthys schützen.

Aus aller Welt.

Der „Reigen" vor Gericht.

Nach den Berliner Morgenblättern fand gestern mittag im Kleinen Schauspielhaus eine Sondervorstellung von Schnitzlers „Reigen" vor einem Publikum statt, das nur aus den am „Reigen"-Prozeß beteiligten Personen, aus Richtern, Verteidigern, Zeugen und Sachverständigen bestand, denen auf Gerichtsbeschluß das Stück vorgeführt wurde. Die Vorstellung wurde von dem Vorsitzenden des Gerichtshofes durch Namensaufruf der Zeugen und Sachverständigen, denen für den Fall des Nichterscheinens Strafe angedroht war, eröffnet, mit der Mahnung, sich jedes Beifalls oder Mißfallens zu enthalten, da es sich nicht um eine Theatervorstellung, sondern um einen Lokaltermin handele. Die Aufführung verlief ohne Zwischenfälle.

Ausgrabungen in Württemberg. In den Schichten des oberen Keuper, zwischen Schwenningen und Spaichingen, ist das Geologische Institut der Universität Tübingen unter Leitung von Professor v. Huene seit etwa zwei Monaten mit einer umfangreichen Ausgrabung von Sauriern beschäftigt. Von den ausgestorbenen Sauriergattungen aus der Verwandtschaft von Pleteosaurus und Teratosaurus fand sich in den roten Knollenmergeln eingebettet eine Unmenge von Knochen in riesenhaften Massen. Es handelt sich um die Reste der sechs bis acht Meter langen Reptilien, die mit sehr langem Hals und Schwanz bei kleinem Kopf, hohen Hinterbeinen und kurzen, kräftigen Vorderbeinen als Vorläufer der im Jura und in der Kreidezeit das Festland beherrschenden Megalosaurier einerseits und der Sauropoden anderseits anzusprechen sind. Die durch eine Stiftung ermöglichten Grabungen sollen noch bis Ende des Monats fortgesetzt werden. An der gleichen Stelle bei Trossingen wurden bereits vor Jahren wertvolle Funde ähnlicher Art gemacht, die jetzt eine Hauptzierde des Stuttgarter Naturalienkabinetts sind und durch die gegenwärtigen Arbeiten noch wissenschaftlich ergänzt werden sollen.

Shakletons Südpolfahrt. „Matin" veröffentlicht eine Depesche aus St. Vincent auf Cap Verde, in der Shakleton mitteilt, daß der Dampfer „Quest" am 28. November in Rio de Janeiro ankommt und im dortigen Hafen verbleiben wird.

Schwere Stürme in der Nordsee. Der gesamte von Hamburg ausgehende Schiffsverkehr stockt wieder wegen schwerer Südweststürme. Der auf der Reede von Altenbruch liegende dänische Dampfer „Danela" wurde von einem ausgehenden englischen Dampfer angerannt und erheblich beschädigt. Man befürchtet weitere Schiffsunfälle.

Fliegertod bei Tolmein. Bei Tolmein am Isonzo sind zwei Flugzeuge verunglückt, die im Auftrage der italienisch-russischen Hilfsliga einen Flug Turin-Moskau ausführen sollten. Beide Flieger wurden getötet, während die übrigen Insassen unverletzt blieben. Ein drittes Flugzeug hatte vor einigen Tagen in derselben Gegend eine Notlandung vorgenommen und war von seinen Insassen im Stiche gelassen worden.

Französische Militärjustiz. Das französische Militärgericht im deutschen Trier verurteilte den Kreisschulrat Schmock aus Bonn wegen „Aussprechens von Schimpfworten über die Besatzungstruppen" zu 3 Monaten Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe. Nähere Angaben fehlen.

18 Männer vergiftet. Ein merkwürdiger Kriminalfall beschäftigt die Oeffentlichkeit Japans. Eine junge Japanerin namens Kaneki hat 18 Männer vergiftet, nachdem sie jeden von ihnen zum Abschluß einer Lebensversicherung zu ihren Gunsten veranlaßt hatte. Sie stammt aus bester Familie und ihre hohe Geisteskultur wird überall gerühmt. Sie wußte alle Aerzte und Versicherungsgesellschaften trefflich zu täuschen. Den ersten Mord beging sie an ihrer eigenen Schwester, in deren Gatten sie sich verliebt hatte. Sie lockte die Männer, die sie zum Todesopfer ausersehen hatte, in ein Teehaus und setzte ihnen vergifteten Wein vor. Erst nach dem 18. Morde gelang es, ihrem Treiben ein Ende zu machen.

Aus der Provinz Schlesien.

Die Fürsorgeerziehung in der Provinz Schlesien

vom 1. April 1901 bis 31. März 1919.

Zusammengestellt auf Grund der vom Preußischen Ministerium des Innern bearbeiteten Reichsstatistik.

Geleitet von dem Wunsche, das allgemeine Urteil der Bevölkerung über die Fürsorgeerziehung objektiver gestalten zu helfen, unterzog sich der Unterzeichnete nachstehender Arbeit, in welcher die Gründe dargelegt werden, die zur Unterbringung der Kinder in Fürsorgeerziehung maßgebend waren.

In den Bereich der Untersuchung sind die Ueberweisungen in der Provinz Schlesien vom 1. April 1901 bis 31. März 1913 unter Zuhilfenahme der Reichsstatistik über die Fürsorgeerziehung einbezogen. Vom 1. April 1913 ab erstreckt sich die Statistik nur auf die Zahl der Ueberweisungen, weil infolge Kriegsausbruch und den dadurch bedingten Mangel geeigneter Beamten die Statistik nicht in dem bisherigen Umfange weiter geführt werden konnte. Es ist dadurch in der Statistik eine recht fühlbare Lücke entstanden, die durch eventuelle Nachholung bezw. Ergänzung recht bald ausgefüllt werden möchte. Nicht zu bestreiten ist, daß die lange Kriegsdauer einen recht ungünstigen Einfluß auf die Moral, insbesondere der Jugend, ausgeübt hat und daß sich diese Erscheinung auch auf dem Gebiete der Fürsorgeerziehung widerspiegelt. Es ist deshalb zu begrüßen, daß durch ministerielle Anordnung das Fehlende jetzt nachgeholt und die Reichsstatistik vom 1. April 1913 ab vervollständigt werden soll. An den einzelnen gesehen werden.

Zahl der Ueberweisungen:

In der Zeit vom 1. April 1901 bis 31. März 1919, also in einem Zeitraum von 18 Jahren, wurden in Schlesien der Fürsorgeerziehung überwiesen insgesamt 19 052 Personen und zwar: 13 138 männliche und 5914 weibliche. Davon waren

schulpflichtig und jünger 7939 männl. und 2962 weibl.,
aus Schulentlassen 5199 „ „ 2952 „

Die nachfolgenden Feststellungen erstrecken sich nur auf die bis zum 31. März 1913 erfolgten Ueberweisungen und zwar wurden bis zu diesem Zeitpunkt in Schlesien zur Fürsorgeerziehung überwiesen:

7885 männl., davon 5139 schulpfl. u. jünger, 2755 schulentl.,
3666 weibl., „ 1966 „ „ „ 1700 „

Von den überwiesenen Personen waren bereits gerichtlich bestraft: 39 % der männl. und 26,35 % der weibl.

3070 männl., davon 841 schulpfl., 2229 schulentlassene,
966 weibl., „ 145 „ 821 „

nur mit Verweis bestraft	334	männl.,	112	weibl.,
nur mit Haft bestraft	86	„	138	„
nur mit Gefängnis bestraft	1930	„	531	„
mit Verweis und Haft bestraft	37	„	10	„
mit Verweis und Gefängnis bestraft	420	„	87	„
mit Haft und Gefängnis bestraft	231	„	63	„
mit Verweis, Haft u. Gefängn. bestraft	92	„	24	„

Von den 841 männlichen und 145 weiblichen Schulpflichtigen, die gerichtliche Strafen erhalten hatten, waren 637 männliche und 106 weibliche bereits mit Haft oder Gefängnis oder auch mit beiden Strafen belegt.

Schlechten Neigungen waren ergeben bei der Ueberweisung insgesamt:

4113 männl., davon 2576 schulpflichtige und
2031 weibl., „ 692 „ und zwar:

dem Landstreichen und Betteln:	3232	männl.,	567	weibl.,
der Trunksucht	146	„	18	„
der Unzucht	249	„	1298	„
dem Diebstahl	486	„	148	„

Von den weiblichen Zöglingen hatten 87 bereits geboren bezw. waren bei der Ueberweisung hochschwanger, darunter befanden sich 4 Zöglinge, die noch im schulpflichtigen Alter standen.

Aus der Fülle der Bestrafungen, sowie der schlechten Neigungen, denen die Zöglinge ergeben waren, geht hervor, daß die Verwahrlosung der Zöglinge vor ihrer Unterbringung in eine Anstalt oder zu einer geeigneten Familie in sehr erheblichem Grade vorhanden war und in vielen Fällen die Ueberweisung zur Fürsorgeerziehung leider zu spät erfolgte. Mancher Zögling, bei dem der Erfolg ausgeblieben ist, wäre sicher gebessert worden, wenn die Fürsorgeerziehung früher angeordnet worden wäre.

Wenn eine Krankheit in ihrem Anfangsstadium rechtzeitig erkannt und entsprechend behandelt wird, so wird eine dauernde Heilung viel eher möglich sein, als wenn durch alle möglichen Quacksalbereien die Krankheit verlängert und vielleicht derart verschlimmert wird, daß eine wirkliche Heilung nicht mehr möglich ist. Der Kranke erleidet dadurch dauernden Schaden und macht womöglich noch den behandelnden Arzt, den er viel zu spät zu Hilfe geholt hat, dafür verantwortlich. So ist es auch mit der Heilung derjenigen Personen, die der Fürsorgeerziehung überwiesen werden. Je später die Fürsorgeerziehungsarbeit einsetzen kann, umso zweifelhafter ist auch der Erfolg.

Die Ursachen, die zu der oft allzu späten Ueberweisung zur Fürsorgeerziehung führen, sind wohl darin zu suchen, daß vielfach auch die auf diesem Gebiet tätigen Richter der Ansicht zuneigen, nur in den Fällen die Fürsorgeerziehung anzuordnen, in welchen bereits alle übrigen Mittel erschöpft und vollständig versagt haben. So kommt es, daß den Anstalten in der Regel nur die schwierigsten Elemente zugewiesen werden. Wenn trotzdem die Erfolge der Anstalten im allgemeinen als recht erfreulich bezeichnet werden müssen, so läßt das erkennen, welch schwere, aufopfernde und hingebungsvolle Arbeit dazu gehört, um solch junge Menschenkinder, bei welchen bisher alle Versuche, sie auf den rechten Weg zu bringen, fehlgeschlagen sind, doch noch emporzuheben, sie in seelischer, moralischer und sittlicher Beziehung zu kräftigen und zu festigen und zwar so zu festigen, daß sie, zurückgekehrt in die alten Verhältnisse, allen an sie herantretenden Widerwärtigkeiten und Versuchungen Trotz bieten und widerstehen können.

Arbeitersekretariat Trebnitz und „Schlesische Tagespost".

In Nr. 303 der „Schles. Tagespost" befindet sich folgende Zuschrift:

Das Lebensmittelamt ist aufgelöst, die letzten Marken werden nun von einer Beamtin in den Diensträumen des Rathauses ausgegeben. In den Räumen des früheren Lebensmittelamts sind nun für die Sozialdemokratie Bureaus für Arbeiter usw. eingerichtet worden, obwohl bei der herrschenden Wohnungsnot jene für Wohnungszwecke durchaus geeigneten Räume richtiger als Wohnräume freigegeben worden wären. Diese Maßnahme hat auch den berechtigten Unwillen der Bürgerschaft hervorgerufen.

Sie haben etwas lange geschlafen, verehrte Tagespost. Ach nein, seit dem 1. Oktober ist in den Räumen des früheren Lebensmittelamtes, Langestraße 25, von der freiorganisierten Arbeiterschaft des Trebnitzer Kreises ein Arbeitersekretariat als eine Rechtsschutzstelle untergebracht worden, und zwar mit Rücksicht darauf, daß wohl in keinem mittelschlesischen Kreise die Arbeiterschaft Rechtsschutz gegen Uebergriffe der besitzenden Klassen mehr bedarf, als wie hier. Und wir können auch weiter verraten, daß das Sekretariat mit seinen Nebenstellen in der kurzen Zeit seines Bestehens bereits hinreichend den Beweis für seine Notwendigkeit erbracht hat. Es handelt sich also um ein durchaus gemeinnütziges Institut.

Wir haben allerdings keine Absicht, mit dem Berichterstatter der „Schles. Tagespost" über die Notwendigkeit eines derartigen Instituts zu rechten, denn er versteht nichts davon. Aber einige Fragen möchten wir dem noblen Herrn doch vorlegen. Welche Kreise der Bürgerschaft wollten denn Wohnungsuchende in diese durchaus „geeigneten Wohnräume" unterbringen? Sind vielleicht diese Kreise der Bürgerschaft selber bereit, in diese Räume zu ziehen, oder was noch besser ist, wollen sie nicht einmal bei sich nachsehen, ob sie nicht zuviel Räume benützen, und die zuviel benützten Räume dem Trebnitzer Wohnungskommissar freiwillig zur Steuerung der Wohnungsnot in Trebnitz zur Verfügung stellen? Oder sollen wir einige von den Herrschaften namhaft machen, denen in diesem Falle Bescheidenheit sehr gut stehen würde? Ihr, Heuchler, als in der Bahnhofstraße Räume, in diesem Falle waren es allerdings richtige Wohnräume, für Bureauzwecke bei Nacht und Nebel an eine Organisation vergeben wurden, wo blieb dann die die Entrüstung? Nicht wahr, das war auch etwas anderes, denn die Räume hat der „Wirtschaftsverband" des Kreises Trebnitz inne. Und hier, wo keinerlei Wohnräume, sondern frühere Bureauräume in Frage kommen, ist es die verhaßte Arbeiterschaft.

Das Denunziantenstückchen ist ja sehr fein ausgedacht, bloß sie werden keinen Erfolg haben; der hiesigen Arbeiterschaft sich wieder einmal die Augen über das Verhalten einzelner Bürger (?) geöffnet worden. Um so fester wird die Arbeiterschaft zu dem von ihr Geschaffenen stehen. Dem können wir aber jenen Herren schon sagen: „Ihr werdet in Trebnitz noch manchmal die Augen aufreißen".

Deutsch-Lissa. Jubiläum. Der Genosse Günther, Lagerhalter des Konsumvereins „Vorwärts", feierte dieser Tage sein 25jähriges Jubiläum als Parteigenosse und „Volkswacht"-Leser. Außerdem am gleichen Tage seine silberne Hochzeit.

Die unübertroffene Qualitäts-Cigarette
№ 200 50 Pf

Familiennachrichten

Nach kurzem, schwerem Leiden verschied am 4. November meine liebe, treusorgende Frau

Minna Fiolka, geb. Strillier

im Alter von 51 Jahren.

Dies zeigt schmerzerfüllt an

Breslau, Bellafelstr. 13, den 5. November 1921.

Der trauernde Gatte Anton Fiolka.

5027 Beerdigung: Montag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Oswitzer Friedhofes.

Am 3. November verstarb nach kurzer Krankheit unser Kollege, der **Dreher** 8028

Kurt Mussaiowsky.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Dreher der Abteilung IV (Wagenbau) L.-L. V.

Am 3. November verschied plötzlich unser werties Mitglied, der **Vorschmied**

Paul Rampold

Sein Andenken werden in Ehren halten

Die Mitglieder des Jubiläums-Vereins Werkstätte-Ost 1b.

Beerdigung: Montag, nachm. 1½ Uhr, von der Leichenhalle des St. Salvatorfriedhofes. 8032

Schicke Herrenkleidung

nach Maß erhalten Sie, wenn Sie Ihre alten Kleider wenden und umarbeiten. Telefon 1567. 7867

Militär-Mäntel

werden bei uns in tadelloser Ausführung zu **dicken Sportpaletots** oder **Ulster** umgearbeitet. Reichhaltiges Stofflager in in- und ausländischen Qualitäten. Stoffe werden zur Verarbeitung angenommen. Gütige Bestellungen binnen drei Tagen. Auswärtige Aufträge werden prompt erledigt.

Jaschonek & Kleiner, Schneidermeisterei, Graiberstraße 2.

Vereinigte Verbände heimattreuer Oberschlesier

Bezirksgruppe Breslau-Süd.

Mittwoch, den 9. November, abends 8 Uhr, im **Wappensaale,** hier:

Bunter Abend!

Konzert, Ansprachen, Gesangsvorträge, Rezitationen und **humorist. Darbietungen** unter Mitwirkung hervorrag. Künstler und Redner.

Alle Freunde und Gönner unserer Bestrebungen werden herzlichst eingeladen.

Zur Deckung der Unkosten wird ein Eintrittspreis von **2.50 M.** einschl. Steuer erhoben.

9060 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratie und Schule

Von Heinrich Schulz. — **3.50 Mk.** — 20% Zuschlag

Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtlichen Kolporteuren entgegengenommen.

Jetzt bevor die neue teure Ware hereinkommt

Kaufen Sie noch günstig für Weihnachten.

Feinste echte **portug. Oelsardinen**

ff. norw. Oelsild. Alle Sorten **Fischkonserven**

Wieder eingetroffen: **Dorschleberpaste**

Mayonnaise, Rollmops, Bratheringe usw.

Jeden Montag und Dienstag in bekannter Güte **Frische Seefische**

Fett-Vollbücklinge 1/2 Pfd. **480**

Lebende Karpfen, geschl. Hechte u. Zander

„Nordsee" Zweigfilialen Breslau

Neue Schmiedebrücke 19, rechts vom Ringe aus. Fernspr. Ring 5280 W.

Neue Schmiedebrücke 56, rechts v. d. Gartenstr. Fernsprecher 4321.

Vereinigte Theater in Breslau

Direktion: **Paul Barsay.**

Lobe-Theater **Thalia-Theater**

Telefon Ring 6774

Montag, den 7. November, 7½ Uhr abends:

Kündigungsende Serie A. 3. Vorstellung. **„Liliom".** | **Einer von unsere Leut'**

Stadt-Theater.

Montag 7½ Uhr: **Mignon.**

Dienstag 7½ Uhr: **Cavalleria Rusticana. Der Bajazzo.**

Mittwoch 7½ Uhr: **Der Corregidor.**

Schauspielhaus.

Operettenbühne. Tel. Ring 2545.

Heute und täglich 7½ Uhr: **Wenn Liebe erwacht.**

Sonntag nachm. 3½ Uhr: **Mascotchen.**

Zeltgarten

Täglich 7½ Uhr: **Die neuen 9 Attraktionen** u. a. 9038 **Willi Walter** der beliebte deutsche Komiker in seinen reizvollen oberschlesischen Dialekt-Vorträgen.

Circus Busch

Herbst-Spielzeit.

Nur noch bis 14. November 4701

Uebern großen Teich.

Die große Manege-Schau.

Vorverkauf: Barasch und Circuskasse.

Ringkämpfe

Strehlener Tor

Luna-Säle

Entrée 1 Mk. Inhaber: Max Kaschke.

Heute Montag zeigen:

Petrowitsch, Rußland **Sall,** Breslau 4005

Iakobsen, Dänemark **Hanfbeschel,** Deutschland

Entscheidungskampf:

Weisera, Deutschland **Kursch,** Schweiz

Gekrama, Deutschland **Hanschel,** Berlin

Auf vielseitiges Verlangen: Der 1. Kampf 1. Amateurkampf

Saal zu gebeten.

Haaß-Berkow-Spiele

14. Nov. Paradeistspiel-Tabaksaal

15. „ 2 Märchenspiele

17. „ Christgebertspiel

18. „ Gerafter Tod-Mariaspiel

Karten: Kaiser, Schweidnitzerstraße 12.

Dominikaner!!!

Täglich Punkt 7½ Uhr: **A. Wagners Schles. Volkssänger** Grosses, neues Familien-Programm.

Großer Werdersaal

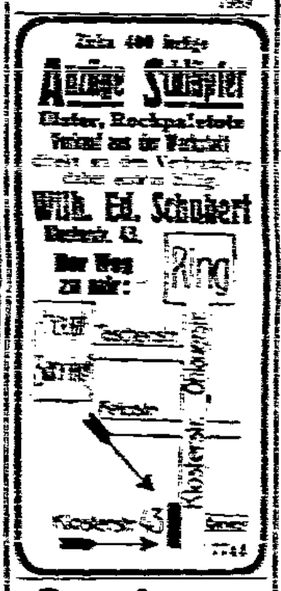
Sonntag Sonderstück Sonntag

TANZ 7969

In den zweiten Fällen Schwarzkopf Zahnbürsten! R. Barthel, Ecke Höfchenstraße. Restaurt. Pabill.

Zirka 400 heiße **Anzüge Sonsper** Ulster, Rockpaletots Velour aus der Fabrik direkt an den Verbraucher daher extrem billig.

Wilh. Ed. Schubert Herrenstr. 13. Der Weg zu mir:



Gummiwaren

für Damen und Herren

Spülspritzen

Irrigatoren 7947 Leib- und Mutterbinden

sowie Hygienische

Frauenartikel

Katalog gegen Einsendung von 2.— Mark

Frau L. Schauer

Breslau 6 V, Beethovenstr. 1, II. Eine Zweigstelle Wilhelmstr. 36.

Möbel auf Kredit einzelne Stücke ganze Einrichtungen preiswert u. reellstens **Lewinsky & Co.** Neuschestr. 2, I. 9056

Bei durch hohe Seifenteuerung verursachter Teuerung mir meine jetzt meistens Artikel. Billigste Preise **in Gummiwaren** Irrigatoren, Spülspritzen, Leib- und Mutterbinden. Katalog gegen 30 Pfg.-Marke. **Frau B. Zander,** Breslau 9. Breslau 7992 Wallstraße 25, 1. Stock für der Kaiserstraße.

Spielzeug aller Art, auch defekt, kauft Weiß, Zeitzgasse 11.

Spiralbohrer

W. S. und S. S. bis 36 mm, konisch und cyl. bis 10 mm, kauft jedes Quantum und erbittet Preisangebot 7990

August Ströter Industrieum Breslau.

Kaufen Sie jetzt, dann sparen Sie Geld! 9001

Ulster, Regens, Sport-Jacken bekommen Sie auch außerst billig, kaufen der Bezug nehmt, im

Herren-Bekleidungshaus Nikolaistraße 48, gleich am Königsplatz.

Inh.: **Hermann Parteizke.**

SCHAUBURG VIKTORIA-THEATER Ab 1/2 5 Uhr! **DK**

Ur-Aufführung in Schlesien — In beiden Theatern!

Das hohe Lied der Liebe! Motto: **Liebe ist stärker als der Tod**

Das Reich der abertausend Lebenslichter 6 Akte

Die Geschichte dreier Lebenslichter n. d. Roman: **Der müde Tod**

Die erste Geschichte:

In der Stadt der Gläubigen, oder Kalifenrache

Die zweite Geschichte:

Die schönste Frau Venedigs oder Mohrenrache

4749 **Die dritte Geschichte:**

Der Henker von China, oder Schlitzaugenrache

6 Akte v. **Fritz Lang,** dem Regisseur v. **Goldne See — Brillantschiff**

Außerdem: Eine fast glaubhafte Geschichte in 5 Akten nach dem amerikanischen Text: **Die Flußpiraten von Canada Der vergiftete Strom** (Torrent)

Schauburg Variétéschau D. K. Theater

Wendinis Dressur-Neuheiten China, der kletternde Hund | Hermann Bahr, Rezitationen.

Umsonst wird unter unsere Gäste, die uns am Montag, den 7. und Sonnabend, den 12. d. Mts. besuchen, eine elegante **Damen-Pelzkappe** (echt Seal-Kanin) verlost. Die Verlosung findet am Sonntag, den 13., vormittags 11 Uhr, im Beisein unserer Gäste öffentlich statt. Im Werte von **500 Mark** Das Programm ist erstklassig; Eintrittspreise nicht erhöht. Der Gewinn wird nur gegen Vorzeigung der Eintrittskarte ausgehändigt

in Kaiser-Lichtspiele

Neue Schweidnitzer-Straße 19. 4750

Frauen-Artikel

Spülspritzen Irrigatoren 9065 Leib- und Mutterbinden Gummiwaren für Damen und Herren. Katalog kostenlos gegen 30 Pfg.-Marke.

Fr. Barthel Breslau 7, V. Sadowastr. 67

Arbeits-

Jacken, schräg u. gerade, sowie Hosen nur sehr gute Qualitäten.

O. Dehmel, Neumarkt 45. Auswärts Mast-Versand

Bitte bei allen Einkäufen stets die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen.

Zu kaufen gesucht

Grammophon aller Art, auch Trichter, kauft Weiß, Zeitzgasse 11.

4.—8. November

Chrysanthemum-Schau

und

Blumenbindekunst-Ausstellung

Ausstellungsgebäude Scheitnig.

(Geöffnet von 8 Uhr früh bis 8 Uhr abends.) 7859

Haut- und Geschlechtskranke

finden schnellste und gründlichste Heilung von frischen und veralteten Harnröhrenleiden. Schmerzlose Kuren ohne Berufsstörung. **Syphilisbehandlung** nach besonderem Verfahren. Blutuntersuchung. Frauen- und Kinderkrankheiten. Sprechstunden: 9—11 und 3—6.

Heilanstalt Phorosanos 8026

Aerztlicher Leiter: Spezialarzt Dr. **Rydzek, Breslau,** Anderssenstraße 13, I.

Zum Verkauf

Damen- u. Herrenfahrräder, Freil., verkauft billig Zeitungsstr. 16, im Laden.

---

2 Herrenmäntel und 1 Gehrock mit Weste, tadellos erhalten, billig zu verkaufen. 8033 Bittscheinstraße 12, II. Von 3—6 Uhr nicht zu Hause.

Wir kaufen Schallplatten aller Fabrikate, ob hell oder zerbrochen, und zahlen Mk. 24 pro kg, also 3.50 bis 7.— pro Platte. **Odeon-Musik-Haus** Albrechtstraße 7. Tel. Ring 5608. 7977

Altes Kupfer zur Selbstanfertigung zu kaufen gesucht. Adolph Sutter, Breslau Neue Taschenstraße 5.

Arbeitsmarkt

Tüchtiger jüng. Metalldrücker bei hohem Lohn u. dauernder Beschäftigung, sowie einige **tüchtige Gürtler und Metallschleifer** sofort gesucht

Otto Kowalsch & Co. Metallwaren- und Beleuchtungskörperfabrik Breslau 5, Rehdigerstraße 6/8. 8031

Mehrere tüchtige Möbeltischler auf gute fournierte Arbeit sucht 9006

A. Tschauder Möbelfabrik Ratibor.

Nähterin außer Hause auf gute Lagerhosen, ebenso ein Mädchen zur Hand und Lehrling können sich melden bei **Ziudler,** Gräbschenstr. 72, III.

Kohlen-Anzünder

Zum Besuche der einschlägigen Geschäfte werden rührige Vertreter u. Vertreterinnen (auch Nicht-Kaufleute) bei sehr günst. Bedingung, sofort für Stadt u. Provinz gesucht. Vorstell. 9 bis 10 Uhr vorm., Kaiser-Wilhelmstraße 54, Seitenhaus.

Rebenverdienst! Strebsame Personen finden angenehme Beschäftig. im eigenen Heim. Verdienst Mk. 40—60. Ausk. R. Dercks, Ohle i. Westf.

Inserate erzielen in der „Volkswacht" den größten Erfolg

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 7. November.

Sozialdemokratischer Verein.

Abteilungsleiter und Distriktsführer!

Zur Revolutions-Feier sofort Plakate im Parteisekretariat abholen. Eilt sehr, da kein Anschlag.

Distriktsführer und Frauenleiterinnen können auch bald die Texte der beliebtesten Kampflieder: „Internationale", „Sozialisten-Marsch", „Arbeiter-Marseillaise" und „Die Arbeitsmänner", alle auf einem Blatt, zum Vertrieb im Parteisekretariat abholen.

* * *

Distrikt 15. Dienstag, den 8. November, abends ½8 Uhr, Außerordentliche Funktionär-Versammlung bei Görlich, Lange Gasse 46. Erscheinen ist dringend notwendig.

Distrikt 19. Dienstag, den 8. November, abends 7½ Uhr, bei Lohmeier, Antonienstraße 33, Sitzung aller Funktionäre und des Weihnachtskomitees.

* * *

Arbeiterjugend! Auf, alle, die Ihr in Begeisterung nach hohen Idealen überschäumt, zu den Revolutionsfeiern am Mittwoch, den 9. November.

* * *

Kurse für Elternbeiratsmitglieder

finden ab Freitag, den 12. November, jeden Freitag, abends 7 Uhr, im Vereinszimmer des Lokales zum „Weißen Roß", Neue Weltgasse 44, statt. Vortragsthemen sind: 1. Elternbeiräte und Sozialdemokratie; 2. Das Schulprogramm der SPD.: a) Geschichtliche Entwicklung, b) Systematische Darstellung, c) Kritische Untersuchung; 3. Schule und Elternbeirat; 4. Einheitsschule; 5. Religionsbankerott; 6. Neue Geist in der Schule; 7. Wie die weltliche Schule sein soll. 8. nd. Elternhaus, Schule; 9. Der Lehrer; 10. Schulverwaltung und Schulleitung; 11. Was ist Methode? Recht zahlreiche Beteiligung von parteigenössischen Elternbeiräten wird erwartet.

Das Aschenbrödel Volksschule.

Nach amtlicher Mitteilung eines Mädchenschulrektors in einer Elternbeiratssitzung unterrichten seit den Herbstferien an der betreffenden Schule — sie ist neunklassig — 15 Lehrkräfte, darunter allein 6 technische. Fast zwei Lehrkräfte auf eine Klasse ist ebenfalls in der Zeit des Lehrerüberflusses etwas reichlich, wenn man der Ansicht ist, daß eine Schule kein Wanderzirkus sei. Dieser Wechsel ist aber noch nicht der letzte. Einige technische Lehrerinnen scheinen sich geweigert zu haben, den Dienst an dieser Schule anzutreten, sodaß trotz der sechs technischen Lehrerinnen — der technische Unterricht nicht voll erteilt wird. Nach uns gewordenen Informationen von mehreren andern Schulen scheint zu Beginn des Winterhalbjahres unter den technischen Lehrerinnen eine Verschiebung im großen erfolgt zu sein! Wer trägt die Verantwortung für solche Unverständlichkeiten? Der zuständige Kreisschulrat jedenfalls war ob dieses pädagogischen Schildbürgerstückchens sehr überrascht.

Es ist eine Tatsache, daß im Namen der Schuldeputation Verfügungen an die Schulen gelangen, die weder der Schuldeputation noch dem Stadtschulrat vorgelegen haben. Es ist ein unleidlicher Zustand, daß jeder beliebige Bürovorsteher Verfügungen auf die Schulen loslassen kann, die zum Teil von wenig pädagogischer Einsicht zeugen.

Im Winterhalbjahr ist der Turnunterricht ein besonderes Schmerzenskind der Schulen. Die Witterung ist meist ungünstig, die Hallen sind teilweise nicht frei und zudem oft nicht geheizt, sodaß die Turnstunden sehr häufig ausfallen müssen. Und ausgerechnet zum Winterhalbjahr führt die Schulverwaltung in den Mädchenschulen, wohlgemerkt nur in den Mädchenschulen, die dritte Turnstunde ein. Wenn man den Ernst bewahren will, so drängt sich die Frage auf: Wer hat ein Interesse an der Einführung der dritten Turnstunde?

Das schönste Breslauer Volksschulgebäude ist zweifellos die Arletiusschule. Sie ist eigentlich zu schade für Proletarierkinder, darum soll sie auch in Zukunft als Gewerbelehrerinnenseminar benutzt werden. Warum erbost Ihr Euch, Ihr Volksschuleltern? Ihr seid zwar der Meinung, daß sich für die Unterbringung des Seminars andere Räume finden müßten. Die Lehrerausbildung soll in Zukunft nicht mehr auf besonderen Fachschulen geschehen. Lehrerinnen gibt es in überreicher Zahl, also wäre es das gegebene, die Verwendung des hiesigen Lehrerinnenseminars in erster Linie für die neuen Pläne ins Auge zu fassen. Für die Schulverwaltung wird die Volksschule zum Aschenbrödel. Sie irren, Herr Stadtschulrat, wenn Sie glauben, mit einer Handbewegung oder einer Verfügung die Proteste der Eltern abtun zu können. Wenn es die Schulverwaltung auf einen Konflikt mit Schulgemeinden ankommen lassen will, so wollen wir sie nicht im Zweifel darüber lassen, daß sie auf den geschlossenen Widerstand der Breslauer Eltern stoßen wird. Wir warnen die Schulverwaltung.

Der Vorstand des Zentralelternbeirats.

* * *

Ueber die Breslauer Frauenberufsschule und deren Verlegung nach der Arletius-Straße wird uns vom Magistrat geschrieben:

Daß die bisher vorhandenen Räumlichkeiten der Frauenberufsschule überhaupt und für ihre Zwecke im besonderen nicht hinreichen, ist bereits dargelegt worden. Daß an einen Neubau unter den heutigen Verhältnissen nicht gedacht werden kann, ist ohne weiteres einleuchtend. So auch die Schulverwaltung, wollte sie Abhilfe schaffen, sich vor die Notwendigkeit gestellt sehe, der Frauenberufsschule das eine oder andere der vorhandenen Schulhäuser zuzuweisen. Es bot sich ihr dazu die Möglichkeit durch die Einziehung von 90 Volksschulklassen und durch die teils bereits erfolgte, teils noch bevorstehende Freigabe der Menzel-Schule und die dadurch erzielte Vermehrung von Volksschulräumen.

Nun konnte es nahe liegen, eben diese Menzel-Schule als Unterkunftsraum für die Frauenberufsschule dienen zu lassen. Dagegen sprach jedoch das Bedenken, gerade das neueste und schönste Gebäude der Volksschulverwaltung zu entziehen; dagegen sprach ferner ihre weit vom Mittelpunkt der Stadt entfernte Lage, die, wie bereits früher ausgeführt, sie zur Unterbringung der Frauenberufsschule nicht geeignet erscheinen ließ. Bei der Auswahl unter den übrigen bereits vorhandenen Schulgebäuden wandte sich die Aufmerksamkeit der beteiligten Kreise mehr und mehr dem Südosten unserer Stadt zu, eben aus dem Grunde, weil dort die Menzel-Schule neu hinzu kommt und weil dort ohnehin verhältnismäßig sehr zahlreiche und nahe benachbarte Schulhäuser (Arletius-Schule I und II, die Schulen an der Lehmgruben-Straße, der Lohe-Straße, der Stein-Straße und der Neudorf-Straße) vorhanden sind, dort also am leichtesten eine Freimachung und die damit verbundene Umschulung bewerkstelligt werden kann. Die hierauf einsetzenden eingehenden Prüfungen der Verwaltung ergaben bald eine Uebereinstimmung dahin, daß unter Berücksichtigung der Bedürfnisfrage in ihrem weitesten Umfange nur die Arletius-Schule I oder die Schule an der Lohe-Straße der Frauenberufsschule überwiesen werden könne. Bei näherer Betrachtung mußte indes auch das Schulhaus an der Lohe-Straße ausgeschaltet werden.

Nach alledem blieb nur übrig, die Verlegung der Frauenberufsschule nach der Arletius-Straße endgültig ins Auge zu fassen. Nur dort läßt sich etwas wirklich Gutes und für die Dauer Ausreichendes schaffen, wobei noch die bereits erwähnten großen Ersparnisse aus der entbehrlichen Anlage von Neueinrichtungen hinzukommen. Durch die Fortnahme der Arletius-Schule I, in der bereits seit 19 Jahren Unterricht erteilt wird und die also keineswegs zu den neuesten Schulgebäuden gehört, verliert die Volksschulverwaltung nicht mehr Klassen, als ihr durch das neue Menzel-Schulgebäude zuwachsen und wenn als letzter Gegengrund — vornehmlich aus Elternkreisen — der weitere Schulweg für eine Reihe von Kindern geltend gemacht wird, so ist darauf zu erwidern, daß selbstverständlich nicht daran gedacht wird, die Kinder von der Arletius-Schule nach der Menzel-Schule gehen zu lassen, sondern daß eine planmäßige, staffelweise Umschulung beabsichtigt ist. Auf diese Weise wird es sich erreichen lassen, daß weitere Schulwege in irgendwie nennenswerter Weise nicht eintreten und daß eine Verschlechterung für die Volksschulkinder in ihrer Gesamtheit vermieden wird.

Revolutionsfeier!

Würdig, der schweren Zeit entsprechend, wird die sozialdemokratische Bevölkerung Breslaus sich des großen historischen Tages, des 9. November 1918, erinnern. In vier Sälen, die mit Grün und mit den Kampfzeichen der Partei dekoriert sein werden, werden die Genossen Stadtrat Dr. Landsberg, Landrat Seibold, Landtagsabgeordneter Gaertig und Stadtverordneter Frey die Gedenkreden halten. Chöre der Arbeitersänger werden dem Tage angepaßte Lieder zum Vortrag bringen. Arbeiter! Angestellte! Beamte! Ueberhaupt die ganze republikanische Bevölkerung Breslaus wird zur Teilnahme aufgefordert. Heraus zur Feier der Revolution am

Mittwoch, den 9. November!

Das Verdrängtenentschädigungsgesetz.

Mit dem am 19. 8. 1921 in Kraft getretenen Verdrängtenentschädigungsgesetz beschäftigte sich am Donnerstag abend im großen Saal der Hermannloge eine vom Interessenverband der in Polen wirtschaftlich Geschädigten einberufene Versammlung. Nach Begrüßung der zahlreich Erschienenen durch den Vorsitzenden Herrn Ansiedelungspräsidenten Geh. Regierungsrat Ganse hielt Herr Studienrat Dr. Schmitz einen einleitenden Vortrag. Die Zahl der aus den besetzten Gebieten Abgewanderten beträgt eine halbe Million, 400 000 aus dem Ostgebiet und 120 000 aus Elsaß-Lothringen, Eupen-Malmedy und der Nordmark. Durch Schikanen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen, haben sie schwere Verluste an ihrem Vermögen, Hab und Gut erlitten. Die rechtliche Verpflichtung, für diese Schäden Ersatz zu leisten, hat nun das Reich mit dem Verdrängtenentschädigungsgesetz übernommen. Dieses entspricht nicht ganz den Erwartungen der Verdrängten, besonders, da die Valutaentschädigung nicht bewilligt worden ist. Der Redner empfiehlt, Ansprüche baldigst, spätestens aber bis 19. 2. 1922, geltend zu machen. Er riet, durchaus wahrheitsgetreue Angaben zu machen, da man sonst aller Ansprüche verlustig gehe.

Auf das Gesetz selbst ging Herr Justizrat Martin Goldschmidt mit besonderer Berücksichtigung der in Polen Geschädigten des näheren ein. Alle diejenigen, die von den polnischen Behörden ausgewiesen oder an ihrer Rückkehr gehindert worden sind, gelten als Verdrängte im Sinne des Gesetzes; ebenso, und das betrifft die meisten, alle diejenigen, denen durch fortgesetzte Schikanen der Aufenthalt im abgetretenen Gebiet unmöglich gemacht worden ist. Alle diese Verdrängten erhalten, ohne Prüfung der Bedürftigkeit, die Umzugskosten, d. h. die Reisekosten für alle Angehörigen, Mehraufwand für den Unterhalt bis zur geregelten Unterkunft bis zu höchstens 2 Jahren, sowie Transport- und Lagerkosten für das Mobiliar erstattet. Ersatz für Verlust und Beschädigung der Sachen wird nur dem Friedenswert entsprechend geleistet. Entschädigung für Entwendung oder Beschlagnahme von Geld an der Grenze erfolgt nur, wenn kein Verstoß gegen die polnischen Vorschriften vorliegt. Für Verschleuderungsschäden, d. h. für wegen drohender Verdrängung oder Beschlagnahme unter dem Wert verkaufter Grundstücke usw. wird Ersatz unter Zugrundelegung des Friedenspreises geleistet. Nur Hausrat bis zu 100 000 Mk. und zur Berufsausübung erforderliche Gebrauchsgegenstände werden im vollen Wert ersetzt. Hingegen wird für Internierungs- und Sachschäden durch Brand, Plünderung, Diebstahl und Erpressung allen Ausgewanderten, nicht nur den Verdrängten, im Sinne des Gesetzes Ersatz geleistet. Das Gleiche gilt von den übermäßigen polnischen Steuern. Die Bedürftigen, d. h. solche, die ihrer gesicherten Zukunft beraubt sind, erhalten ferner Ersatz für Verlust des Einkommens und der Erwerbsgrundlage. Der Verlust der Erwerbsgrundlage wird nur entschädigt bei den bis 10. 1. 1921 Verdrängten bis zu höchstens 50 000 Mark. In Frage kommen besonders selbständige Gewerbetreibende und die freien Berufe. Der Redner bedauerte, daß der Valutaschaden, der bisweilen recht beträchtlich ist, nicht ersetzt wird. Die Ausführungsbestimmungen des Gesetzes liegen noch nicht vor, sind jedoch bald zu erwarten.

Rätselhaftes Verschwinden eines jungen Mädchens.

Seit Dienstag, den 1. d. Mts., abends ½11 Uhr, wird das 16½jährige Kindermädchen Elly Trautmann vermißt. Das Mädchen wurde am Nachmittag desselben Tages von ihrer Mutter abgeholt und mit in das Schauspielhaus genommen. Nach Schluß der Vorstellung brachte die Mutter das Mädchen nach Ecke Teich- und Gartenstraße, wo dasselbe um ½11 Uhr einen Motorwagen der Straßenbahn in der Richtung Pöpelwitz bestieg, um zu ihrer Herrschaft nach der Hellerstraße (Villa Streehler) zurückzukehren. Das Mädchen ist daselbst nicht eingetroffen und alle bisher angestellten Ermittelungen waren ergebnislos.

Inzwischen hat sich allerdings ein Dienstmädchen gemeldet, das in derselben Nacht gegen ½12 Uhr auf der Hellerstraße Hilferufe gehört haben will, die angeblich aus einem Auto kamen, das in schneller Fahrt die Straße passierte.

Es liegt daher die Vermutung nahe, daß kein Mädchenraub vorliegt, der auf die große Unsicherheit, die gerade in den Vorstädten in Erscheinung tritt, ein neues Licht wirft.

Das Mädchen ist etwa 1,65 Meter groß, schlank und war mit hellbraunem Flauschmantel und rotem Lackhut bekleidet.

Zweckdienliche Angaben nimmt außer dem Polizeipräsidium auch die Firma Theiner u. Meinecke — Ring 60 — entgegen.

Vom Arbeiterbildungsausschuß.

Veranstaltungen in der Heilstätte Herrnprotsch.

Um in das [illegible]re Leben der vielen Hunderte von Insassen der Altersheime [illegible] der Krankenhäuser für Männer und Frauen in Herrnprotsch ein wenig Abwechselung zu bringen, wie es von den Kranken so ersehnt wird, beabsichtigen wir im Einverständnis mit dem Kuratorium und den dortigen Geistlichen in dem Kirchenraum der Heilstätte jeden Monat eine Veranstaltung herauszubringen.

Wir hoffen bestimmt, daß wir für diese Veranstaltungen, die natürlich alle unentgeltlich sein sollen und für die von Seiten der Stadt keinerlei Mittel zur Verfügung gestellt werden können, immer genug Vortragskräfte finden, die, in Würdigung dieses Hilfswerkes zur unentgeltlichen Mitwirkung bereit sind.

Das erste derartige, am kommenden Freitag stattfindenden Konzert wird ausgeführt von der Breslauer Eisenbahn-Kapelle unter Leitung von Ober-Bahnassistent Ziegler. Als Solistin ist — durch gütige Vermittlung von Frau Luise Hirt — dafür Fräulein Antonie Stephan gewonnen, die Lieder von Haydn, Loewe, Franz, Jensen und Taubert singen wird, am Klavier begleitet von Fräulein Christel Behuneck.

„Gesetz"-Aufführungen am Dienstag, Donnerstag und Freitag.

Wer zu diesen Aufführungen noch einen Platz haben will, besorge sich bald an einer der Vorverkaufsstellen, oder frühzeitig an der jeweiligen Abendkasse ein Eintrittsprogramm. Die Nachfrage danach ist so lebhaft, daß alle 3 Aufführungen ausverkauft werden dürften.

Die Besucher der Vorstellungen seien nochmals darauf hingewiesen, daß alle 3 Aufführungen pünktlich um 7 Uhr beginnen.

* * *

Im Interesse der Mütter ist auf vielseitigen Wunsch der Kursus über Kindererziehung auf Montag, 8—9 Uhr, (Nikolai-Stadtgraben 20, Katholische Realschule, Zimmer 8, I) verlegt worden.

Meldungen können noch vor Beginn der Stunde Montag, den 7. November, im Unterrichtsraum entgegengenommen werden.

Sehr richtig!

Im Anschluß an die letzte Versammlung der Klantegläubiger sagt die „Schlesische Zeitung": „Man hat also durch Klante offenbar manches gelernt. Aber unsere politischen Klantes läßt man ruhig noch immer weiter wirtschaften." Die katholische „Schlesische Volkszeitung" ist darüber empört. Sie glaubt, daß unter den politischen Klantes die Regierung und der Reichskanzler gemeint seien.

Wir müssen diesmal der „Schlesischen Zeitung" recht und der „Volkszeitung" unrecht geben. Denn unter den politischen Klantes kann kein vernünftiger Mensch jemand anderen als die Hakenkreuzler, „Aufrechten" und Stahlhelmleute verstehen. Die „Schlesische Zeitung" weiß ja auch ganz genau, daß diese Klantes trotz der Verordnung des Reichspräsidenten „immer noch weiter wirtschaften", so z. B. erst kürzlich im Konzerthause. In einem unbewußten Anfall von Wahrheitsliebe hat sie einmal ganz genau das Richtige geschrieben.

Die juristische Sprechstunde

findet in dieser Woche nur

Dienstag, den 8. November, von ½1—½2 Uhr,

Donnerstag, den 10. November, von ½1—½2 Uhr,

statt. Eingang Grünstraße 46.

Es wird nur Rechtsauskunft, und zwar gegen Vorlegung der Abonnementsquittung, erteilt. Schriftsätze werden nicht angefertigt.

* **Sozialdemokratische Stadtverordneten-Fraktion.** Morgen Dienstag, abends 8 Uhr, Fraktions-Sitzung im Gewerkschaftshause.

* **Die Stadtverordneten** halten Donnerstag eine Sitzung ab. Die bisherigen Grundsätze über die Mitwirkung des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung bei Abschluß von Verträgen und die Vereinbarung mit der Stadtverordneten-Versammlung über die Vergebung von Arbeiten und Lieferungen im Bereiche der Bauverwaltung 1907, sollen für ein weiteres Jahr Geltung haben. Aus dem Erlös von vier an die Post verkauften Motorwagen sollen 610 000 Mark zum Bau von acht neuen Anhängewagen in der eigenen Werkstatt der Städtischen Straßenbahn verwendet werden. Die Schmiedebrücke soll zwischen Messergasse und Ursulinerstraße im westlichen Gleise mit Kleinpflaster neu gepflastert werden. Vor den Grundstücken Gandauer Straße 52/54 und in der Queisstraße vom Schmuckplatze bis Klodnitzstraße und von der Klodnitz- bis Gandauer Straße, woselbst die Siedlungsgesellschaft Breslau Wohnhäuser errichten will, sollen Brauchwasserkanäle gebaut werden. Die Kosten belaufen sich auf 133 000 Mark. Mit einem Kostenaufwande von 46600 Mark sollen die Flächen der Sandschüttungen an der Schwedenschanze mit Mutterboden bedeckt und aufgeforstet werden. Zur Veranlagung der Gemeinde-Gewerbesteuer soll ein Ausschuß gebildet werden, der neben einem Magistratsmitgliede als Vorsitzenden 24 Mitglieder umfaßt, die je zur Hälfte vom Magistrat und von der Stadtverordneten-Versammlung unter Berücksichtigung der verschiedenen Kreise der Gewerbetreibenden gewählt werden, ebenso für jedes der 24 Mitglieder in der gleichen Weise ein Stellvertreter.

Der Magistratsantrag auf Vergebung von Kandelabern und Masten zu Reklamezwecken an Herrn Dr. Finlay-Freundlich soll nach den Ausschußbeschlüssen abgelehnt und die Vergebung der Reklame öffentlich ausgeschrieben werden.

* **Straßensperrung.** Die Schönstraße zwischen Dürrgoy- und Strehlener Straße wird wegen Umpflasterung vom 7. bis einschließlich 19. d. Mts. für Fuhrwerk und Reiter gesperrt.

* **720 Papiermark für 20 Goldmark.** Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 7. bis 13. November zum Preise von 720 Mark für ein 20 Markstück, 360 Mark für ein 10 Markstück. Für die ausländischen Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt.

* **Plötzlicher Tod eines Unbekannten.** Auf der Clausewitzstraße vor dem Hause Nr. 16 ist am 3. November, abends 9 Uhr, plötzlich ein unbekannter Mann zusammengebrochen und verstorben. Er ist etwa 40 Jahre alt, 1,70 Meter groß gewesen, hat langes dunkles Haar, rötlichen Schnurr- und Kinnbart, und ist am linken Unterarm tätowiert. Die Leiche wurde ins Schauhaus geschafft. Meldungen zur Ermittelung der Person werden nach dem Polizei-Präsidium, Schuhbrücke 46, Zimmer 9, erbeten.

* **Beim Einsteigen in den Zug bestohlen** wurde am 5. November nachmittags auf dem Bahnsteig 4 des Hauptbahnhofes eine Frau um eine braune Geldtasche, in der sich etwa 1000 Mark Geld, 1 Scheckformular und ein Reparaturzettel auf eine Uhr befanden.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Mitteilungen der Direktionen:

Die Ringkämpfe Strehlenerstr., „Luna-Säle", brachten Sonnabend und Sonntag folgende Ergebnisse. Der Schweidnitzer Landwirt brachte es fertig, gegen Gehrmann und Saft 20 Minuten standzuhalten, auch gegen Jaago konnte der starke Gehrmann nichts anfangen. Petrowitsch warf den Berliner Kienscherf schon nach 3 Minuten, konnte aber bei dem tüchtigen Schickat nichts ausrichten, da der Kampf wegen vorgerückter Zeit abgebrochen wurde. Restrom wurde in einem von beiden Seiten unfair geführten Kampfe von dem Tschechen Hawlischek so heftig zusammengestaucht, daß er sich kaum erheben konnte. Heut Montag ringen Petrowitsch gegen Saft, Johnson ringt gegen Hawlischek, im 3. Kampfe treffen sich in der Entscheidung Weinura mit dem Schweidnitzer Landwirt Karsch. Eine Entscheidung muß also bestimmt fallen; danach ringt Gehrmann gegen Kienscherf.

Achtung, Bauarbeiter Breslaus!

Kollegen! Es ist wieder einmal der Zeitpunkt gekommen, wo die Unternehmer sondieren, ob der Bauarbeiterverband noch in der Lage ist, Angriffen auf das Streikrecht gewachsen zu sein.

Die Kollegen wissen, daß bei den Betonbaugeschäften Gebr. Huber und C. H. Jerschke die dort beschäftigten, bei uns organisierten Zementarbeiter seit zirka 7 Wochen im Streik stehen, um eine Aufbesserung ihrer Löhne zu erfahren. Die Kollegen waren teils auf dem Bau, teils in der Fabrik, teils auf den Bauplätzen der genannten Firmen bis Ende 1919 im Bauarbeiterverband organisiert und wechselten dann zum Fabrikarbeiterverband über, von dem sie jedoch im Frühjahr dieses Jahres wieder zum Bauarbeiterverband zurückkehrten. Dies nur nebenbei zur Illustration, denn die Frage der Organisationszuständigkeit der Kollegen beschäftigt gegenwärtig die beiden Organisationsleitungen. Dies geht keinen Unternehmer was an.

Nachdem unsere Kollegen Anfang September aus den Betrieben gegangen waren, beantragten die Arbeitgeber den Zusammentritt des hiesigen Schlichtungsausschusses. Der Schlichtungsausschuß erklärte denn auch den von der Organisation geführten Streik als einen wilden. Auf Grund welcher Informationen, wissen wir heute noch nicht. Die beiden Firmen müssen wohl dies als Anlaß zu folgendem genommen haben:

Anfang Oktober d. Js. bekamen wir eine sogenannte einstweilige Verfügung zugesandt, wonach der Gau Breslau und noch acht namentlich angeführte Mitglieder, die sich zu streiken erlaubten, für sämtlichen Schaden haftbar gemacht werden sollten, der den Unternehmern durch den Streik entstand. Und zwar sollte der Gau Breslau 1500 Mark und jeder der anderen Sünder 500 Mark an die Firma Huber zahlen. Gelten sollte dies für jeden Fall der Zuwiderhandlung, worunter die Auszahlung der wöchentlichen Streikunterstützung und das Streikpostenstehen fallen sollte. Wir hielten dies für einen Witz, weil wir meinten, daß eine Organisation, deren Mitglieder mit Genehmigung der Verbandsleitung streiken, auch Streikunterstützung auszahlen und Streikposten aufstellen darf. Wenigstens in neuerer Zeit war das üblich.

Am 4. November beglückte man den „Gau Breslau" des Bauarbeiterverbandes wieder mit der Abschrift eines Strafbeschlußantrages, in dem uns mitgeteilt wird, daß wir 7500 Mark zu blechen haben. Dann wird uns noch das rührend gute Verhältnis zwischen der Firma Huber und ihren Leuten mitgeteilt, u. s. w. Zum Schluß heißt es: „Vielleicht gelingt es, durch Bestrafung des Bauarbeiterverband von der Unhaltbarkeit seines Standpunktes zu überzeugen." Wer denkt da nicht an den guten Vater, der seinen mißratenen Sohn übers Knie ziehen soll.

Kollegen! Wir teilen Euch dies beizeiten mit. Es ist möglich, daß wir Euch schnell mal zusammenholen müssen, um unter Umständen mit dem stärksten Mittel gegenüber den genannten Zumutungen und der Verschandelung unseres Streikrechts entgegenzutreten. Vielleicht glaubt man auf der anderen Seite durch die paar abtrünnigen Kollegen, die wieder in den Betrieb hineingelaufen sind, sich besonders stark zu fühlen. Vielleicht auch muß die Kollegenschaft des Bauarbeiterverbandes die Unternehmer von der Unhaltbarkeit ihres Standpunktes überzeugen.

Die Bauklegierten wollen dies der Oeffentlichkeit inzwischen unterbreiten!

Die Ortsverwaltung.

Zur Lohnbewegung in der Herren-, Burschen- und Knabenkonfektion

schreibt uns der Deutsche Bekleidungsarbeiterverband, Filiale Breslau: Die Verhandlungen, die zentral geführt wurden, fanden vom 31. Oktober bis 4. November in Berlin statt. Die jetzigen Löhne sind für alle Kategorien um 25% erhöht worden. Außerdem kommt für Zwischenmeister und Heimarbeiter ein Heimarbeiterzuschlag von 5% in Betracht. Auch sonst sind wichtige Verbesserungen angenommen worden. Die neuen Löhne treten für die Zeitlohnarbeiter am 31. Oktober in Kraft. Die Stücklöhne für alle ab 7. November aus Arbeit kommenden Stücke. Die Reichstarifverhandlungen sollen sofort wieder aufgenommen werden. Ueber die Löhne der Gehilfen und Näherinnen, die bei Zwischenmeistern beschäftigt sind, muß erst eine Verständigung mit den Meistern erzielt werden. Am Sonnabend, den 12. November, abends 6 Uhr, findet dann für die Gehilfen und Näherinnen eine Versammlung im Gewerkschaftshause statt.

Erfolgreich beendeter Streik in der schlesischen Marmor-Industrie.

Der Streik in der schlesischen Marmorindustrie ist mit Erfolg beendet. Selten wurde ein Streik von Arbeitgebern in so rücksichtsloser Weise geführt wie dieser. Nicht genug, daß man mit die Tatsachen entstellenden Flugblättern gegen die Arbeiter vorging, zog man die leider anscheinend nur für die oberen Zehntausend vorhandene Schupo zu Hilfe, um die Arbeiter einzuschüchtern. Es kam sogar so weit, daß man einem Streikposten wegen angeblicher Nötigung eines Streikbrechers zu sechs Monaten Gefängnisstrafe von sechs Monaten das Ausstellen von Streikposten untersagte. Es braucht wohl nicht erwähnt zu werden, daß sich die Arbeiter und die Streikleitung dadurch nicht hindern ließen, trotzdem die Streikposten zu stellen. Wenn es das Landgericht für angebracht und dem Gesetz entsprechend erachtet, ohne Anhören der Streikleitung derartige ungesetzliche Beschlüsse zu fassen, dann halten es eben auch die Arbeiter für angängig, auf solche Beschlüsse zu pfeifen.

Den größten Schlag versuchte man den Arbeitern durch Beiziehung der Orgeschbanditen als Streikbrecher zu versetzen. Ganze Kolonnen solcher Helden aus der Arbeitsgemeinschaft Bergerhof kamen gezogen, ihren Gesinnungsgenossen Raubzeugdienste zu leisten. Aber alles half nichts, freiwillig zogen diese gewerbsmäßigen Streikbrecher wieder ab, nachdem sie sich die Arbeit und die Streikenden besehen hatten. Erwähnt sei, daß diese durch die Arbeitsgemeinschaft vermittelten Selbstschutzleute von ihrem durch Streikbruch verdienten täglichen Lohn 5 Mark an die Arbeitsgemeinschaft abliefern müssen. Außerdem besitzt diese Garde Gewehre, Maschinengewehre, Geschütze und Minenwerfer, deren Verstck dem Herrn Oberpräsidenten seit geraumer Zeit bekanntgegeben wurde. Alle näheren Einzelheiten werden wir nächstens der Oeffentlichkeit mitteilen, nachdem uns auf gemachte Meldung kein Bescheid wird, ob und was gegen diesen Selbstschutz, der ungesetzlich ist, unternommen wurde. Vielleicht wird hierdurch auch erklärlich, warum die Entente die scharfe Ueberwachung der oberschlesischen Grenze für notwendig hält.

Die Arbeitgeber mußten sich von der Standhaftigkeit der Arbeiter überzeugen und entsprechende Lohnerhöhungen gewähren. Nicht ohne Interesse dürfte auch sein, daß sich die christliche Presse benutzen ließ, ihre Blätter dem Streikbrecherlang zu leihen. Einigkeit und Kampfesmut führte zum Ziele.

Gleichzeitig teilen wir mit, daß Arbeitsangebote nach Sachsen durch alle Steinarbeiter zurückgewiesen werden müssen, da dort seit vier Wochen 1000 Steinarbeiter im Streik stehen und wahrscheinlich noch eine erhebliche Zahl ausgesperrt werden. In Frage kommen hierbei Löbau und Umgebung. Der Streik der Steinarbeiter von Grimma, Wurzen und Umgebung ist mit Erfolg beendet.

Ende des Berliner Gastwirtsstreiks.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Durch Vermittelung des Reichsarbeitsministeriums wird der Berliner Gastwirtsstreik am Montag sein Ende nehmen. Der für verbindlich erklärte Schiedsspruch ist sowohl von Arbeitnehmern wie von Arbeitgebern angenommen worden und auch über die Wiedereinstellung der Streikenden wie der Streikbrecher wurde eine Verständigung erzielt, die zwar keinen der beiden Teile befriedigt, immerhin aber an der Beendigung des Streiks nichts ändert. Die Kellner werden künftighin einen festen Grundlohn von 1600 bezw. 1300 Mark erhalten. Auf alle Speisen und Getränke wird ein Zuschlag von 10 Prozent erhoben, der auf den Grundlohn des Kellners angerechnet wird. Der Überschuß von den 10 Prozent wird unter allgemeiner Mitwirkung zu gleichen Teilen unter das gesamte Personal des betreffenden Betriebes verteilt. Die Streikenden müssen sämtlich wieder eingestellt werden. Soweit die Streikbrecher in Frage kommen, sind alle diejenigen zu entlassen, die vor dem 1. August 1914 nicht in Berlin ansässig waren. Von dieser Abmachung werden hauptsächlich Leute betroffen, die aus Königsberg und aus dem Westen nach Berlin gezogen waren.

Am Montag Vormittag werden die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber der einzelnen Betriebe zusammentreten, um sich über die Wiederaufnahme des Betriebes schlüssig zu werden. Es ist zu erwarten, daß ein Teil der kleineren Betriebe schon am Dienstag wieder geöffnet ist, während die größeren Hotels, die ohne Lebensmittel sind, und deren technischer Betrieb ganz still steht, erst in den nächsten Tagen der Woche wieder Gäste aufnehmen und verpflegen können.

Neuwahlen zur Angestelltenversicherung.

Die Amtsdauer der zu den Ehrenämtern in der Angestelltenversicherung Gewählten war durch Verordnungen aus der Kriegszeit bis zum 31. Dezember 1921 verlängert worden. Die Neuwahlen werden daher in Kürze stattfinden. Die einschlägigen Wahlordnungen sind unverändert geblieben. Zum allgemeinen Wahlleiter ist der Präsident des Oberschiedsgerichts für Angestelltenversicherung, Professor Dr. Lotz in Berlin W 10, Sigismundstraße 7, bestellt. Das Nähere wegen der alsbald vorzunehmenden Neuwahlen werden die Regierungen der einzelnen Länder bekannt.

Neugestaltung der Beamtenbesoldung. Der Deutsche Eisenbahnerverband teilt mit: Im Reichsfinanzministerium fanden am 26. und 27. Oktober eingehende Verhandlungen über die notwendig gewordenen Gehaltsverbesserungen für die Beamten statt. Neugestaltung des Besoldungsgesetzes. Dem Vorschlage der Beamtengewerkschaften stehen Vorschläge des Reichsfinanzministeriums gegenüber. Die Verhandlungen führten zu keiner Einigung. An der Bewegung beteiligt sind die fünf Spitzenverbände, die eine 20gliedrige Verhandlungskommission entsandt haben. Hierzu stellen der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die Afa acht, der Deutsche Beamtenbund und der Deutsche Gewerkschaftsbund je fünf und der Gewerkschaftsring zwei Vertreter. Geplant ist, zuerst über die Angestellten- und Arbeiterforderungen zu verhandeln. Die Verhandlungen sollen mit größter Beschleunigung zu Ende geführt werden.

Ein Behördentechnikertag wird vom Bund der technischen Angestellten und Beamten für den 28. 11. nach Berlin einberufen, um zu den Fragen der Beamtenpolitik vom Standpunkte des Technikers aus Stellung zu nehmen. Bei der besonderen Stellung, die die technischen Beamten und technischen Behördenangestellten in Verwaltung und Betrieb einnehmen, und bei der Bedeutung, die gerade ihrer Arbeit für die Behörden und öffentlichen Betriebe beigelegt werden muß, dürften die Beratungen dieses Behördentechnikertages zu den Fragen der Beamtenpolitik von besonderem Wert auch für die weitere Oeffentlichkeit sein. Im besonderen wird die Stellungnahme der technischen Beamten zur Verwaltungsreform, die in einem besonderen Tagesordnungspunkt behandelt wird, weitgehende Beachtung finden müssen, ebenso im jetzigen Zeitpunkte angesichts der Verhandlungen zwischen ADGB, Afa-Bund und Deutschen Beamtenbund über den Abschluß eines Abkommens zwischen diesen drei Spitzenorganisationen das Thema „Arbeiter, Angestellte und Beamte, die drei Säulen der sozialen Bewegung". An den Behördentechnikertag schließen sich dann Reichsfachgruppentage für die Techniker in den Gemeinde- und Kreisverwaltungen, den Eisenbahnbetrieben und den Kulturverwaltungen (Vermessungswesen) an.

Der Zentralverband der Zimmerer Deutschlands hat seit Beginn dieses Jahres bis Ende September 564 Lohnkämpfe geführt, daran waren 18 979 Zimmerer beteiligt. In 225 Fällen davon mit zusammen 784 Zimmerern handelte es sich um Beteiligung von Mitgliedern an Lohnkämpfen anderer Berufe. 339 Lohnkämpfe mit 18 195 Zimmerern waren Kämpfe im eigenen Beruf. Zur Führung und Unterstützung der Lohnkämpfe im Laufe dieses Jahres wurden bis jetzt 3 444 575 Mark aufgewendet. Noch sind nicht alle Lohnkämpfe abgeschlossen, sondern erst 457. Davon waren 418 mit 8625 Beteiligten Angriffsstreiks und 39 mit 3237 Beteiligten Aussperrungen. Vollen Erfolg hatten 317 Lohnkämpfe mit 10 868 Beteiligten, teilweisen Erfolg 7 Lohnkämpfe mit 254 Beteiligten, während 22 Lohnkämpfe mit 349 Beteiligten ohne Erfolg beendet werden mußten. Von 111 Lohnkämpfen, und zwar solchen anderer Berufe, woran 391 Zimmerer beteiligt waren, ist der Ausgang unbekannt geblieben. Die bisher abgeschlossenen Lohnkämpfe brachten für die Beteiligten einen Verlust von 135 518 Arbeitstagen, einen Lohnverlust von 6 277 792 Mark. Der Erfolg der Kämpfe besteht für 16 455 Beteiligte in einer Lohnverbesserung von zusammen 497 372 Mark die Woche. — Für den Zimmererverband war trotz des Bestehens von Tarifverträgen das laufende Jahr reich an Kämpfen. Ein Beweis, daß der Verband nach Kräften bemüht gewesen ist, die wirtschaftliche Not seiner Mitglieder lindern zu helfen.

Bauarbeiterstreik in Halle. Nach einem Beschlusse, den der Bauarbeiterverband gefaßt hat, sind sämtliche Maurer und Bauhilfsarbeiter in den Streik getreten. Die Veranlassung zu dem Streik gaben angeblich die Verhandlungen der Bezirksorgane vor dem Tarifamt. Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe ruft die Behörden, die Bauleute, die Industrie, die Gewerbe und die privaten Bauauftraggeber auf, den durch Streik unterbrochenen Arbeiten nicht den Zwang der Fertigstellungsfrist entgegenzusetzen. — Die Unternehmer rufen also wieder, wie gewöhnlich bei solchen Anlässen, nach behördlichem Schutze. Die Arbeiter haben um so mehr Veranlassung, den Kampf geschlossen zu führen.

Der Verband der Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebenen der Gemeinde- und Kreiskommunalbeamten aus dem von Oberschlesien abzutretenden Gebiet hat an das Auswärtige Amt die Bitte gerichtet, bei dem mit Polen abzuschließenden Wirtschaftsabkommen dahin zu wirken, daß die Rechte dieser Beteiligten bezüglich ihrer Pensionsansprüche derart sichergestellt werden, daß ihnen nicht nur die ihnen nach den jetzt geltenden Gesetzen zustehenden Bezüge, sondern auch diejenigen, die den preußischen Kommunalpensionären in der Zukunft gewährt, gewährleistet werden. Eine gleiche Bitte ist dem Reichsjustizminister a. D. Schiffer unterbreitet worden.

Vereinskalender.

Achtung Steinarbeiter! Dienstag, den 8. November, abends 6½ Uhr, Uferstr. 26, Steinarbeiter-Versammlung. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es dringend nötig, daß ein jeder bestimmt und pünktlich erscheint. J. A.: Riedel.

Zigarren, Zigaretten, Tabake

Wiertel, Herm., Bäckerstr. 24.
Wagner, M., Breitestraße 27, Tel. Ring 6943
Weigung, Kirchenstraße 14
Zeise, E., Höfchenstraße 75
Wöhler, Georg, Tauenzienstr. 173, Tel. N. 4132

Zöpfe, Kunstarbeiten

Leimberg, H., Parkstraße 3

Zöpfe
Moderne Kunst. Haararbeiten fertigt zu billigsten Preisen Raabe, Kirchstraße 20 a. Kunde jede Preislage empfiehlt.

Lokale a. d. Oder

Zum alt. Oderschlößchen
Terrasse mit schattigen Gärten.

Morgenauer Lokale

Hoffäger Inh.: Nick
Schattiger Garten an der Oder. Jeb. Sonnt. z. Dienstag Tanz

KONZERTHAUS KROKER
Schönster Garten a. d. Oder
Jeb. Sonntag u. Dienstag Tanz.

Pöpelwitzer Lokale

Goldene Krone Inh.: Brunner, Breslauer Str. 112

WOLLINS Festsäle
Jeb. Sonntag u. Dienstag
T•A•N•Z

Rosenthaler Lokale

„Zeichenschacht", am Zeichenschacht
Prima Bier. Inhaber Sommer N. 15

Schweidnitzer Lokale

Fürstengarten
Besitzer: Bruno Fiedler, Bierlig, Kaiserstraße 188

Nähe Umgebung Breslaus.

Gastwirtschaften.
Zum neuen Welt, Inhaber Klamser

Brockau
Fleischerei, Wurstfabrik, Klage, Berthold, Güntherstr. 3

Gastwirtschaften
Volksgarten
früher Deutscher Kaiser
Konz., Vereine, Ausflüge.
Jeden Sonntag Tanz

Erscheint 4 mal monatlich

II. Fortsetzung des Bezugsquellen-Verzeichnis

Den Lesern bei Einkäufen empfohlen

Gemischtwaren
Kerich, Robert, Gartenstr. 3
Klempnerei, Installation
Bähm, Br., Gr. Feldstraße 36.

Carlowitz
Kindenhof
Jeden Mittwoch 5-Akt-Tanz. Sonntags vormittags Tanz

Cosel
Bäckerei
Stricker, Franz, Tauentzienstr. 22.
Kolonialwaren
Ottert, P., Tauentzienstr. 4
Gastwirtschaften
Zur Heimkehr
Inh. Hubig, Tauentzienstr. 4
Jeden Sonntag: Vereins-Stall, jeden Sonntag: TANZ.
Inhaber: Hermann Hoffmann

Klein-Gandau
Gastwirtschaften.
Kaiser-Friedrich-Park Klein-Gandau
Jeden Sonntag u. Donnerstag: Konzert, Tanz
Gerichtskretscham Inh. [illegible]
Jeden Sonntag Tanz

Gemischtwaren.
Gudd, Angelika

Gräbschen
Gräbschener Lokale
Gerichtskretscham, Inhaber [illegible]
Germania Gräbschenerstr. 28 b. Dienst. u. Sonn. Tanz
Hagenhof Gräbschenerstr. 251 b. Mitw. u. Sonnt.: Tanz

Fritz Frey Gesellschaftshaus Hopf & Görcke
Jeden Sonntag und Montag Ball

Groß-Mochbern
Schreiber's Gasthaus
Jeden Sonntag: Tanz.

Kolonialwaren
Schmidt, Paul

Schuhwaren, Schuhmacher
Engel, Max, Groß-Mochbern

Harthieb
Fahrradhandlungen
Müller, Paul, Reparatur-Werkstatt

Gastwirtschaften
Zur Dorfaue Inh. Gustav Scholz
Jeden Sonnt. Tanz

Hänern
Gastwirtschaften
Hänkwitz's Gasthaus
Sonntag: Tanzvergnügen
Kunde's Gasthaus
Jeden Sonntag Tanz
Schmidt's Gasthaus
Schön. Garten. Fremdenzimmer. Jeb. Sonnt. Familien-Kränzchen.

Kleinsadori
Fahrradhandlungen
Kunz, Paul, Reparatur-Werkstatt
Kirchstr. 8., Kirchstr. 20

Gastwirtschaften
Wenzel, Ernst, Telephon 3660

Krietern
Bäckerei und Konditorei
Kunde, Zeitz, Breslauerstr. 12
Kolonialwaren
Sattler, Zeitz, Dorfstr. 3
Zigarren u. Zigaretten
Hannemann, R., Breslauerstr. 1

Kl.-Masselwitz
Gemischtwaren
Fuchs, Luise
Gastwirtschaften
„Zur Hummel" Inhaber: Erich Kleinert
Jeden Sonntag Tanz. Vereinen und Gesellschaften empfehle meinen neuerrichteten Tanzsaal. F. Kunde.

Ottaschin
Gastwirtschaften
Zentral-Gasthaus
Inh.: Karl Scholz
Jeden Sonntag: Tanz

Kaminskes Hans Inhaber: Paul Schreiber
Jeden Sonntag Tanz.

Kolonialwaren
Gutsche, Gustav

Oswitz
Kolonialwaren
Bäckereien, Kolonialwaren
Dragon, Herbert, Oswitz Nr. 14
Rauchwaren
Rausch Inhaber: Emil Blumenment
Sonntag u. Donnerstag Tanz

Bürgergarten
Oswitz
Jeb. Sonntag u. Donnerstag: Vornehmer Tanz.

Döring's Festsäle
Jeb. Sonnt. u. Donnerst.: Tanz

Hoffmanns Garten
Angenehm. Fam.-Aufenthalt
Jeb. Sonnt. u. Donnerst. Tanz

Knoblichs Paradies
Jeb. Sonnt. u. Donnerst. Tanz

„Preußischer Hof" W. Schilbach
Jeden Sonntag und Donnerstag Tanz

Tivoli Inhaber: Gnoth
Jeb. Sonntag u. Donnerstag: Tanz.

Pyke's Etablissement
früh. Grüne's. Jeb. Sonntag u. Donnerstag: Tanz. Saal für kleine Vereine zu vergeb.

Pilsnitz
Kolonialwaren
Martin, August, Pilsnitz 6a

Kl.-Sägewitz.
Fleischereien
Eibr, Karl, Fleischermeister

Gr.-Tschansch
Gastwirtschaften
Reichsadler Inhaber Peter.
Jeden Sonntag Tanz.

Gemischtwaren.
Wenzel, Pauline, Chausseestr. 5

Kolonialwaren
Dalibor, Marie, Dorfstr. 64

Kolonialwaren aller Art
Johann Kendzia Chausseestraße 20.
Schuhwarenreparaturwerkstatt.

Möbel und Ladeneinrichtungen
P. Wenzel, Breslau Gr.-Tschansch
Telephon Ring 11248.

Kl.-Tschansch
Fleischereien
Weiß, Wilhelm, Chausseestr. 21

Kolonialwaren.
Fleischer, Agnes, Dorfstr. 16

Schuhwaren und Schuhmacher
Barkan, Paul, Chausseestr. 25

Woischwitz
Gastwirtschaften.
Adolf Jaschke's Gasthof

Inserate haben in der „Volkswacht" aufgegeben den größten Erfolg!